Nr. 45 ★ 16. Jahrgang

Berlin, 7. November 1908

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg. Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Der Arbeitsnachweis.

p. Die Arbeitsnachweisfrage beansprucht zurzeit das regste Interesse der Arbeitgeberorganisationen. Am 3. und 4. September d. J. fand in München eine aus allen Bezirken des „Vereins deutscher Arbeitgeberverbände" stark besuchte Arbeitsnachweiskonferenz statt. Vom 12. bis 14. November soll in Leipzig der fünfte Kongreß des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise tagen, der als Hauptverhandlungsgegenstand das Thema: „Die Aufgaben von Reich, Staat und Gemeinden gegenüber den allgemeinen öffentlichen Arbeitsnachweisen" hat. Das ist für die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" Veranlassung genug, seit Wochen gegen alles zu toben, was Arbeitsnachweis heißt und nicht Maßregelungsbureau Hamburger Couleur ist. Ganz besonders nahe ist den Herren Scharfmachern ein zum Kongreß in Leipzig angekündigtes Referat des Regierungsrats Dominikus-Straßburg gegangen, welches bereits im „Arbeitsmarkt" abgedruckt worden ist. Herr Dominikus hat einen vollständigen Gesetzentwurf zur reichsgesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweises ausgearbeitet, dessen wesentlichen Inhalt wir bereits in Nr. 43 der „Holzarbeiter-Zeitung" wiedergegeben haben. Man kann sehr geteilter Meinung sein, ob zurzeit auf dieser Grundlage aufgebaute Arbeitsnachweise die Aufgaben zu erfüllen vermögen, die man berechtigterweise an sie stellen darf. Von dem, was wir selbst für durchführbar und praktisch halten, weicht der Vorschlag nicht unwesentlich ab. Was aber die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" als Ablehnungsgrund anführt, gewährt einen so offenen Blick in Unternehmerdenkart, daß es der Mühe lohnt, sich damit zu beschäftigen.

„Die Gründung von Arbeitgebernachweisen ist eine patriotische Pflicht", so überschreibt das Scharfmacherblatt in der Nummer vom 20. September seine Polemik. Dem Kundigen ist sofort klar, daß, wenn an den Patriotismus appelliert wird, irgendeine Teufelei gegen die Arbeiterschaft dahintersteckt. Das läßt denn auch in der Tat nicht lange auf sich warten, die Ausbreitung der obligatorischen Arbeitsnachweise nach Hamburger System wird als eine patriotische Pflicht des deutschen Unternehmertums erklärt. Im Schweiße seines Angesichts bemüht sich der Artikelschreiber, viele Spalten lang die patriotische Pflicht zu begründen. Zunächst natürlich mit angeblichen Interessen der Arbeiter selbst, denen man weiszumachen versucht, daß es in ihrem Nutzen läge, wenn immer eine „Auswahl der Besten" stattfände. Auch dem Arbeitgeber wird dringend geraten, die mit der Gründung und Unterhaltung solcher Arbeitsnachweise verbundenen Kosten nicht zu scheuen, denn sie werden hundertfach wieder eingebracht, sobald die deutsche Arbeiterschaft durch „planmäßige Auslese der Besten" auf eine höhere Stufe gehoben sein wird. Deshalb fort mit den öffentlichen, fort mit den paritätischen Nachweisen! Heuchlerisch wird der zahlenmäßige Nachweis zu führen versucht, daß die Arbeitgebernachweise nach Hamburger System heute schon mehr Stellen vermitteln als alle anderen, woraus der Schluß gezogen wird, daß die von den Arbeitgebern propagierte Richtung sich die Anerkennung der Oeffentlichkeit erobert habe.

Die Beweisführung bedarf keiner Kritik. Jedermann weiß, welchem Terrorismus, welcher Vergewaltigung die Arbeitgebernachweise ihre Frequenzziffern verdanken. Lediglich um zu zeigen, wohin die Reise gehen soll, wozu die Herren die Zeit der wirtschaftlichen Depression auszunutzen gedenken, verweisen wir auf diese Bestrebungen. Maßregelungsbureaus nach Hamburger Art sollen gegründet werden. Nur die Besten sollen Arbeit finden. Der von der Natur nicht mit so viel Fähigkeiten Ausgestattete soll von der Einstellung ausgeschaltet werden, und speziell der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, der sich seines Wertes bewußt ist und deshalb seine Forderungen stellt, der „Rebell", soll an der Straße verhungern. Arbeitgebernachweise sollen diese Institute heißen. Die Arbeitgeber, und nur diese, sollen bestimmen, wer eingestellt wird, von ihnen allein soll es abhängen, wer und zu welchen Bedingungen der Arbeiter seine Arbeitskraft zu Markte bringen darf. Nackter, offener und brutaler zugleich hat sich ein profitgieriges Unternehmertum noch selten gezeigt.

Trotzdem hätte für uns wohl kaum ein dringender Anlaß vorgelegen, sich mit diesen Dingen zu beschäftigen, wenn nicht die „Fachzeitung", das Organ des Schutzverbandes der Holzindustriellen, bei dem allgemeinen Treiben glaubte mitmachen zu müssen. Weil unsere Berliner Kollegen energischer darauf dringen, daß unsere Mitglieder den paritätischen, aus den Mitteln der beiderseitigen Verbände unterhaltenen Arbeitsnachweis besser benutzen, glaubte unsere Kollegin aus der Alexanderstraße ins Horn tuten zu sollen. Wenn sie sich dabei nur keinen Schaden tut.

In der Holzindustrie liegen die Verhältnisse nämlich anders, für die Arbeiter günstiger als in den Kreisen, die in Hamburg den Ton angeben. Was der „Deutschen Arbeitgeberzeitung" als Ideal erstrebenswert erscheint, für das die ihr angegliederten Arbeitgeberverbände kämpfen sollen, das — war in der Holzindustrie einmal, das gehört der Vergangenheit an. In jahrelangem, opferreichen Kampfe wurde namentlich in Berlin um den in Händen der Arbeitgeber befindlichen Arbeitsnachweis gekämpft, bis vor wenig Jahren ein Abschluß erzielt wurde, der vollständig Parität in der Verwaltung vorsah. Als Zeuge verschwundener Pracht hat dann noch ein Unternehmernachweis ein paar Jahre bestanden, den man mit Hilfe der „Gelben" und ein paar tausend Mark glaubte widerstandsfähig zu halten.

Der Arbeitsnachweis muß, wenn er seine Aufgabe erfüllen soll, aus der Reihe der Kampfmittel ausscheiden. Er soll den Arbeitern zusagende Arbeit und den Arbeitgebern zusagende Arbeiter vermitteln. Weiter nichts! Wird er anderen Zwecken dienstbar gemacht, so ist das Mißbrauch — und Mißtrauen ist die Folge. Er wird von der Seite, die sich benachteiligt glaubt, nicht benutzt, kann seinen Zweck nicht erfüllen. Was soll nun den Arbeitern ein Nachweis, dem von den Arbeitgebern keine offenen Stellen gemeldet werden? Was nützt den Arbeitgebern eine solch kostspielige Einrichtung, wenn dieselbe von den Arbeitern nicht benutzt wird, die Arbeitgeber ihren Bedarf durch den Nachweis nicht decken können? Ein Arbeitsnachweis kann seine Aufgabe nur erfüllen, wenn er von dem Vertrauen aller Beteiligten getragen wird. Der Arbeitsnachweis ist neutraler Boden, auf dem Arbeiter und Arbeitgeber in voller Parität zusammenarbeiten.

Diese einfache, simple Wahrheit hat den Arbeitgebern, wie schon gesagt, in harten und schweren Kämpfen eingebläut werden müssen. Jetzt haben sie es kapiert. In einer ganzen Anzahl von Städten florieren von Arbeitern und Arbeitgebern geleitete Arbeitsnachweise zum Segen aller Beteiligten.

Selbstverständlich muß eine solche Einrichtung den besonderen beruflichen Verhältnissen Rechnung tragen. Ein öffentlicher, allgemeiner Arbeitsnachweis mit irgendeinem Zivilversorgungsberechtigten als Leiter kann den Bedürfnissen des einzelnen Berufes wohl nur sehr schwer entsprechen; der von einem Berufsgenossen geleitete, der die Arbeitgeber seines Berufes und deren Ansprüche sowie seine Kollegen und deren Leistungen kennt, wird es besser können. Deshalb geben wir dem Berufsnachweis den Vorzug, ohne zu verkennen, daß noch Einrichtungen wünschenswert sind, die den noch fehlenden Austausch zwischen Bezirken mit großem Arbeitsangebot und solchen mit großem Arbeiterangebot möglich machen, wie der Regierungsrat Dominikus es vorschlägt.

Das alles ist so selbstverständlich, daß auch die „Fachzeitung" daran nicht zu rütteln wagt. Was sie nervös macht, ist das Bestreben des Holzarbeiterverbandes, seinen Mitgliedern das sogenannte Umschauen zu verbieten und den paritätischen Arbeitsnachweis obligatorisch zu machen, das heißt die beiderseitigen Mitglieder zu verpflichten, ihre Arbeiter beziehungsweise Arbeitsstellen nur durch den paritätischen Arbeitsnachweis zu beziehen. Das edle Blatt versucht, die Holzindustriellen mit der Behauptung graulich zu machen, daß dann der Holzarbeiterverband die Arbeitgeber zwingen könne, nach seiner Pfeife zu tanzen. Ein Beweis für diese kühne Behauptung wird gar nicht versucht. In Wirklichkeit liegt die obligatorische Benutzung des Arbeitsnachweises ebensosehr im Interesse der Arbeitgeber wie in dem der Arbeiter. Die demselben heute noch anhaftenden Mängel werden im selben Augenblick zum allergrößten Teil verschwinden, in welchem alle Arbeitsstellen durch ihn besetzt werden. Was liegt wohl näher, als daß die Mitglieder beider Organisationen die von ihnen mit erheblichem Kostenaufwand errichteten Institute benutzen? Daß das richtig ist, beweist die Sanktion des Eisenacher Musterregulativs für paritätische Arbeitsnachweise in der Holzindustrie durch den Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes für das Holzgewerbe. Das Eisenacher Regulativ sieht das Obligatorium vor, es trägt die Unterschrift des Herrn Rahardt. Wenn später die Generalversammlung der Arbeitgeberorganisation dem nicht beitrat, so wird damit nicht die Tatsache aus der Welt geschafft, daß die Führer der deutschen Holzindustriellen die obligatorische Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises als im Interesse der Arbeitgeber liegend erachteten. Es ist deshalb nicht abzusehen, weshalb die gleiche Forderung von den Holzarbeitern erhoben, das Streitobjekt eines zukünftigen Kampfes sein soll, wie die „Fachzeitung" behauptet. Oder sollen etwa die Rahardt und Genossen ihren Kollegen als Hochverräter denunziert werden?

Möge dem sein, wie ihm wolle. Jedenfalls möchten wir der „Fachzeitung" in aller Ruhe, aber auch mit aller Entschiedenheit in bezug auf den paritätischen Arbeitsnachweis sagen: Hand weg! Jeder Versuch, die in der Holzindustrie bestehenden Arbeitsnachweise zu Maßregelungsbureaus nach dem Muster der Hamburger Arbeitgeber zu machen, wird auf den allerentschiedensten Widerstand der Holzarbeiter stoßen. Diesem Beginnen der Kampf bis aufs Messer!

Wirtschaftliche Rundschau.

L. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor sehr traurig. In einer ganzen Reihe von Berufen bringen die Herbstmonate eine stärkere Nachfrage nach Arbeitskräften. Auch im laufenden Herbste ist diese Belebung zu konstatieren, freilich im äußerst bescheidenen Umfang. Die Arbeitslosigkeit ist in diesem Herbste größer als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Keine Industrie weist eine entschiedene Besserung im Beschäftigungsgrad auf. Die hier und da zu konstatierenden Verbesserungen sind temporärer Natur und ohne tiefgreifende Wirkung.

In erster Linie ist die Holzindustrie eine Industrie zur Erzeugung von Konsumartikeln; es ist dies die Möbelfabrikation. Die Kundschaft der Fabrikware und der einfacheren Möbel sind die Bauern und die Industriearbeiter. Von deren Kaufkraft hängt es ab, ob sich die Lage in der Möbelschreinerei verbessern wird. Die landwirtschaftliche Bevölkerung hatte im laufenden Jahre eine verhältnismäßig gute Ernte. Im Gegensatz zur Lage im Deutschen Reiche ist die diesjährige Welternte etwas kleiner ausgefallen, als der Weltbedarf ist. Freilich bedeutet dies noch lange kein Defizit der Weltwirtschaft in Getreide, da der in den Händen des Handels liegende Weltvorrat ziemlich bedeutend ist. Wenn der Konsum in diesem Jahre normal wäre, so würden die Getreidehändler diese Situation ausnützen, um den Getreidepreis zu erhöhen. Da aber die in der ganzen Welt herrschende industrielle Krise die Kaufkraft der Massen dezimiert, so ist es trotz der sehr mäßigen Welternte noch zu keinen Preistreibereien gekommen. Trotzdem ist der Weltgetreidepreis hoch genug, daß sich bereits ein mäßiger Weizenexport aus Deutschland rentiert. Der ordentliche Preis in Verbindung mit der guten Ernte haben die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung gehoben. Das kommt der Tischlerei und Möbelindustrie der agrarischen Gebiete des Deutschen Reiches zugute. Während im Deutschen Holzarbeiterverbande der durchschnittliche Prozentsatz der Ende September arbeitslosen Mitglieder 8,8 Proz. für das Reich betrug, war der Anteil der Arbeitslosen in den Gauen der agrarischen Kundschaft viel niedriger; — so im Gau Danzig 1,8 Proz. und im Gau Stettin 1,7 Proz. Freilich spielt die Landkundschaft für die Holzindustrie des modernen Deutschlands keine ausschlaggebende Rolle, und die Lage des Arbeitsmarktes kann durch eine gestärkte Kaufkraft dieses Teils der Bevölkerung kaum für den Holzarbeiter besonders günstig werden, abgesehen von lokalen Umständen. Es liegt dies zum Teil in der Tatsache des Großgrundbesitzes, der das Resultat einer guten Ernte und guter Preise der Masse der landwirtschaftlichen Bevölkerung, den Landarbeitern, vorenthält.

Ausschlaggebend für den Umfang der Kaufkraft ist die Industriearbeiterschaft. Bei dieser nun sind die Erwerbsverhältnisse momentan derartig, daß selbst der größte Optimist und Verherrlicher unserer kapitalistischen Welt nicht behaupten wird, daß diese jetzt in der Lage ist, ordentlich einzukaufen. Da ist in erster Linie der Minderverdienst in der mächtigen Textilindustrie; diese große Proletarierschicht, deren Lohnniveau sie ohnehin in guten Zeiten hart an der Grenze des Lebensminimums hält, arbeitet mit reduzierter Arbeitszeit oder in reduzierter Arbeitswoche. In anderen großen Industrien, wo die Unternehmer nicht, wie die Textilbarone, fürchten müssen, daß ihnen die Lohnsklaven durchbrennen, folgt eine Massenentlassung der anderen, und die Kollegen auf dem Pflaster bedrohen in jeder Branche das Lohnniveau der Kollegen in der Werkstatt. Das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt neigt zuungunsten der Arbeiterschaft. Im Monat August dieses Jahres, einem

Monat, der erfahrungsgemäß zu denen des besten Beschäftigungsgrades gehört, kamen bei sämtlichen Arbeitsnachweisen des Reiches 190 Stellesuchende auf je 100 offene Stellen. Dies ist eine schlechtere Situation als im Januar, dem Monat der größten Arbeitslosigkeit, denn da hatten wir im Jahre 1907 nur 141 Stellenlose auf 100 Stellen. Selbstverständlich denkt der Proletarier in solchen Zeiten zuerst an das tägliche Brot und erst dann an seine Möbel. Die Anschaffungen werden auf ein Minimum reduziert, und der Effekt zeigt sich in der Möbeltischlerei der Gegenden mit großer Arbeiterkundschaft, allen voran der Gau Berlin mit zirka 6 Proz. arbeitslosen Verbandsmitgliedern am letzten Septembertage.

Der Teil der Holzarbeiter, der Konsumartikel, das sind in erster Linie Möbel, erzeugt, hat unter der Unsicherheit der Lage der Arbeiterschaft aller übrigen Industrien zu leiden. Die gestärkte Kaufkraft der Landwirtschaft vermag diesen Ausfall nur lokal auszugleichen. Ebensowenig ist der Bedarf der „besseren" Kreise für Luxusartikel, der in letzter Zeit etwas zunimmt, besonders im wohlhabenden Süddeutschland, auch nur annähernd imstande, den Möbelabsatz derart zu heben, daß die Preise des Artikels steigen. Bei der jetzigen Preislage ist die Möbelproduktion für einen großen Teil der Unternehmer unrentabel und wird dadurch eingeschränkt. Auch dies ist eine jener wahnsinnigen Konsequenzen des Privateigentums einzelner Kaufmannsseelen an den Produktionsmitteln. Weil die einen Proletarier zu wenig haben, müssen die anderen noch weniger haben. Weil die Arbeiter der anderen Industrien kein Geld haben, den hohen Unternehmerprofit der Möbelbranche zu zahlen, müssen die Proletarier an der Hobelbank feiern. Faktisch aber hat der Proletarier am Webstuhl und im Schacht Bedürfnis nach Möbeln, und der an der Hobelbank möchte warm wohnen und sich warm kleiden. Doch zwischen ihnen steht der Profitgötze und — beide müssen unter Arbeitslosigkeit leiden. Unsere Enkel werden dieses Bild einer Volkswirtschaft, bekanntlich soll das etwas Zweckmäßiges sein, komisch finden, für uns ist es noch tragisch.

Ein weiterer Teil der Holzarbeiter ist in Industrien zur Erzeugung von Produktionsmitteln tätig. Momentan ist auf dem Warenmarkt ein Zustand der allerschärfsten Konkurrenz. Der intensive Bedarfsrückgang infolge der durch die Krise dezimierten Kaufkraft der Massen zwingt die Erzeuger der Konsumartikel, dieselben zu verbilligen. Es besteht deshalb ein verbreitetes Bedürfnis nach technischer Vervollkommnung der Betriebe, um auf diese Art rentabler produzieren zu können. Infolgedessen bemüht sich momentan die Industrie, maschinelle Verbesserungen einzuführen. Der Rückgang des Güterumlaufes und die Entwertung der Warenmengen machen große Mengen Barkapitals „arbeitslos", indem sie die Möglichkeit der Wechselanlage verringern. Durch die so herbeigeführte Verbilligung des Kapitals wird es der Privatindustrie und auch den öffentlichen Betrieben möglich, Geld zum Ankauf neuer Maschinen zu erhalten. Auf diese Weise wird die Krise in ihrem zweiten Stadium einen Aufschwung in der Maschinenindustrie mit sich bringen. Freilich ist dies vorläufig noch nicht in der Gestaltung des Arbeitsmarktes zu konstatieren, weil ja diese Industrie immer Zuzug von Arbeitskräften aus anderen Industrien erhält. Jedoch ist der größere Bedarf an Modellschreinern deutlich zu erkennen. Der Teil der Holzarbeiter also, der in der Industrie der Produktionsmittel tätig ist, hat bessere Tage zu erhoffen. Diese Entwickelung ist kein Zufall, sondern gehört sozusagen zur Naturgeschichte der Krise. Die Krise entstand, weil mehr Konsumartikel erzeugt wurden als die niedrige Lohnhöhe des arbeitenden Volkes zu kaufen vermochte. Die Differenz zwischen der Menge der produzierten und der der konsumierten Güter blieb in den Händen der Kapitalistenklasse als Profit. Da diese nur einen Teil derselben zu verzehren vermochte, blieb die große Masse der Mehrerzeugung als unverkaufte Ware auf dem Weltmarkt. Jetzt sinkt die Ware im Wert, und die Bourgeoisie zieht ihre Kapitalien aus denselben zurück, verwandelt sie in Produktionsmittel. Jetzt werden alle die Riesenkapitalien anlagefähig, die im Laufe der Hochkonjunktur aus der Arbeiterschaft herausgeschunden wurden. Bisher existierten diese Kapitalien in der Form von Waren, die das Volk nicht konsumieren konnte. Jetzt verwandeln sich diese in Produktionsmittel. Bei der Erzeugung derselben werden wieder Arbeiter beschäftigt und dadurch die Kaufkraft angeregt. So bringt die Geldverbilligung der Krise eine Vermehrung der Produktionsmittel und damit ein Ende der Krise.

Wir müssen uns nun fragen, ob die gegenwärtige Krise sich bereits im Stadium der Geldverbilligung und damit der Verwandlung der unverkauften Waren in neue Produktionsmittel befindet. Es mehren sich die Zeichen dafür, daß dies so ist. Die Preiskonventionen und Syndikate in der Textilbranche, beim Roheisen und in der Baumaterialienbranche krachen. Das ist ein Zeichen, daß das flüssige Kapital kein Bedürfnis mehr hat, unverkaufte Warenmengen zu beleihen und so still zu liegen. Sinken die künstlich hinaufgeschraubten Preise, so ist die Ware gar bald untergebracht. Andererseits sehen wir aber auch, wie den großen Kapitalgesellschaften, vor allen Dingen denen der Elektrizitätsbranche, Kapitalien zufließen, die diese wohl bald zu neuen großen Operationen ermutigen werden, wenigstens liegt so verschiedenes von Gründungsgerüchten in der Luft. Aber auch Behörden, besonders Kommunen, die ja meist wirtschaftliche Unternehmen haben, bekommen jetzt sehr leicht und viel Kapital. Eine Belebung in der Erzeugung von Produktionsmitteln ist als Tatsache zu betrachten, und damit scheint uns die Krise ins Endstadium gerückt.

Bis aber die Belebung der Industrien, in welchen Produktionsmittel erzeugt werden, auch auf die Industrien der Konsumartikel, zu denen ja die Holzindustrie durch die Möbelerzeugung gehört, übergreifen wird, wird wohl noch ein trauriger Winter ins Land gehen. Aber der Weg nach oben ist eingeschlagen, und die Krise kann, von Zufällen abgesehen, in ihrer Macht als gebrochen angesehen werden.

Aus der württembergischen Holzindustrie.

Nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten im Königreich Württemberg hat auch im Jahre 1907 die Industrialisierung des württembergischen Holzgewerbes große Fortschritte gemacht. Es unterstanden der Gewerbeaufsicht 1844 Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen der Holzindustrie (gegen 1709 in 1906 und 14 685 in 1905), in denen insgesamt 16 408 (15 557 resp. 14 685) Arbeiter beschäftigt waren, hiervon waren 14 255 erwachsene männliche Arbeiter, 813 Arbeiterinnen über 16 Jahren, 1272 junge Leute im Alter zwischen 14 und 16 Jahren und 68 Kinder unter 14 Jahren.

Auch im Jahre 1907 gab die Art der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter immer noch Veranlassung zu Beanstandungen. Im II. Bezirk mußte gegen die Beschäftigung eines jugendlichen Arbeiters in dem staubgefüllten Raum einer kleineren Fabrik zur Anfertigung von Holzbestandteilen für Musikinstrumente Einspruch erhoben und dieselbe auf Grund des § 120c der Gewerbeordnung solange untersagt werden, als die Holzbearbeitungsmaschinen, deren Betrieb mit erheblicher Staubentwickelung verbunden ist, nicht mit einer mechanisch betriebenen Entstaubungsanlage ausgerüstet sind. Im III. Bezirk war in einer Möbelschreinerei zu beanstanden, daß ein jugendlicher Lehrling hin und wieder zur Bedienung des Dampfkessels verwendet wurde. Und in einer Beindreherei des IV. Bezirks wurden zwei Lehrlinge täglich von 5½ Uhr morgens bis 9½ Uhr abends beschäftigt. Dabei wurden keine festen Pausen gewährt, sondern es wurde bei Vesper-, Mittag- und Abendbrot die Arbeit nur solange eingestellt, als zur Einnahme des Essens nötig war. Der Gewerbeinspektor beantragte bei der Oberamtsbehörde die Festsetzung bestimmter Grenzen für die Arbeitszeit der Lehrlinge auf Grund des § 120c der Gewerbeordnung. Dem Vorschlag des Oberamtsphysikats, das sich dem Antrag des Gewerbeinspektors anschloß, folgend, verfügte das Oberamt, daß die Lehrlinge nicht mehr vor 6 Uhr morgens und nicht mehr nach 7 Uhr abends beschäftigt werden dürfen und daß zwei Vesperpausen von je viertelstündiger, sowie eine Mittagspause von mindestens einstündiger Dauer gewährt werden müssen. In einer Sägemühle des III. Bezirks wurde der schon ziemlich selbständig arbeitende sechzehnjährige Sohn des Pächters durch einen Unfall im Betrieb getötet. Dieser Unfall ist wohl in der Hauptsache auf die für einen jugendlichen Arbeiter unzweckmäßige Beschäftigung zurückzuführen. Es gelingt den Aufsichtsbeamten nur schwer, gegen dieses unverantwortliche Treiben einiger Unternehmer bei der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter einzuschreiten. Denn selbst wenn solche Unternehmer vor den Strafrichter zitiert werden, haben sie nur niedrige Strafen zu gewärtigen. Da lohnt sich die schrankenlose Ausnutzung der jugendlichen Arbeitskräfte allen Strafen zum Trotz.

Im Berichtsjahre mußte gegen zwei Sägewerksbesitzer wegen Beschäftigung eines jugendlichen Arbeiters täglich elf Stunden lang und Verfehlungen in bezug auf Arbeitsbücher bezw. Verzeichnisse in zwei Sägewerken eingeschritten werden. Bei dem einen Arbeitgeber wurde die gesetzwidrige Beschäftigung mit 15 Mk., der Aushang eines unvollständigen Verzeichnisses über jugendliche Arbeiter und die Beschäftigung des Jugendlichen ohne Arbeitsbuch mit je 5 Mk. Geldstrafe geahndet. Der andere Arbeitgeber, der schon im Vorjahre wegen zu langer Beschäftigung jugendlicher Arbeiter verwarnt worden war, wurde wegen der gesetzwidrigen Beschäftigung zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt, die auf Berufung der Staatsanwaltschaft auf 30 Mk. erhöht wurde; außerdem zog ihm das Nichtaushängen des Verzeichnisses über jugendliche Arbeiter eine Geldstrafe von 10 Mk. zu.

In einem Sägewerk des II. Bezirks wurden sechs volksschulpflichtige, mit Arbeitskarten versehene Kinder mit „Aufhölzeln" von Brettern, Aufräumen von Holzabfällen und dergleichen beschäftigt. Die Ortspolizeibehörde wurde ersucht, die ausgestellten Arbeitskarten einzuziehen und die Firma auf die Unzulässigkeit weiterer Beschäftigung volksschulpflichtiger Kinder aufmerksam zu machen. Dieser Fall ist nicht der erste, indem die Aufsichtsbeamten auf die irrige Ansicht gestoßen sind, daß seit dem Inkrafttreten des Kinderschutzgesetzes volksschulpflichtige Kinder auch in Fabriken beschäftigt werden dürfen, und mehrfach mußten Unternehmer darüber aufgeklärt werden, daß § 135 Absatz 1 der Gewerbeordnung eine solche Beschäftigung verbietet.

In einer Harmonikafabrik wurden den jungen Leuten nur viertelstündige Vor- und Nachmittagspausen gewährt, in einer anderen Kinder unter 14 Jahren täglich zehn Stunden anstatt höchstens sechs Stunden beschäftigt. Da die Firma wegen ähnlicher Zuwiderhandlungen schon wiederholt verwarnt worden war, so wurde Strafanzeige erstattet. Die Firma wurde zu einer Geldstrafe von 20 Mk., einer der Betriebsleiter zu einer Geldstrafe von 5 Mk. verurteilt. — In einer kleineren Holzwarenfabrik wurde der jugendliche Arbeiter trotz vorausgegangener Verwarnung länger als 10 Stunden beschäftigt. Es wurde Strafantrag gestellt.

Besonderes Interesse beanspruchen wieder die Mitteilungen der Aufsichtsbeamten über die Unfälle in der Holzindustrie. Wir wollen darüber nur einiges aus den Berichten wiedergeben. In einer Möbelfabrik wurde der Werkführer beim Hineinbeugen des Kopfes in den Fahrschacht eines Warenaufzuges durch eine an der Ladetür angebrachte Fensteröffnung, in welcher die Glasscheibe kurz vorher eingeschlagen worden war, durch den sinkenden Fahrstuhl am Kopf erfaßt und getötet. — Ein Arbeiter fand den Tod beim Abladen von Rundholzstämmen, welche ins Rollen gekommen waren. — Beim Verladen eines schweren Musikinstruments bekam ein Arbeiter eine Lungenblutung, an der er nach kurzer Zeit starb. Durch Zurückrollen von Holzstämmen beim Verladen wurden zwei Arbeiter in Sägewerken so schwer getroffen, daß sie nach wenigen Tagen ihren Verletzungen erlagen. — Im IV. Bezirk ereigneten sich zwei tödliche Unfälle durch Milzbrandvergiftung; in einem Falle wurde der Tod eines Arbeiters herbeigeführt durch ein von einer Kreissäge zurückgeschleudertes Abfallstück.

In einer Holzwarenfabrik des I. Bezirks verunglückte ein sechzehnjähriger Arbeiter an einer Pinselstielfräsmaschine am linken Arm. Wegen eines abgebrochenen Stiels, dessen Teile er aus der Maschine entfernen wollte, hatte er diese ausgerückt und, ohne den völligen Stillstand abzuwarten, die über der Fräseinrichtung angebrachte Schutzhaube zurückgeschlagen; eine vorstehende Schraube an dem noch rotierenden Werkzeug brachte ihm beim Uebergreifen über dieses am Arm schwere Fleischwunden bei. Bei der polizeilichen Unfalluntersuchung konnte dem jungen Mann, der die Maschine ganz genau kannte, der Vorwurf grober Fahrlässigkeit nicht erspart bleiben. — Weil in einer Schreinerei desselben Bezirks ein frisch geschliffenes Messer an der Welle einer Dicktenhobelmaschine schlecht befestigt worden war, wurde ein Arbeiter, der mit der Befestigung nichts zu tun gehabt hatte, dort schwer verletzt. Kurze Zeit nachdem die Messer eingesetzt waren und während auf der Maschine gearbeitet wurde, hatte eines der beiden Messer sich verschoben und dadurch den Bruch des gußeisernen Schutzdeckels über dem Messer herbeigeführt, wobei ein Teil dem Verletzten an den Kopf geschleudert wurde. Bei der polizeilichen Unfalluntersuchung konnte durch den Gewerbeinspektor festgestellt werden, daß die Auflageflächen der Befestigungsschrauben, weil schon stark abgenutzt, nicht mehr genügten, so daß eine sichere Befestigung des Messers sehr in Frage gestellt war.

Schon öfter wurde auf die Gefahr hingewiesen, die bei kalter Witterung mit der Arbeit an Holzbearbeitungsmaschinen verbunden ist. Es ist unmöglich, mit vor Kälte steifen Fingern das Arbeitsstück mit der erforderlichen Festigkeit zu halten. Die Anwendung von Handschuhen kann unter Umständen die Gefahr noch vergrößern. In einem Sägewerk wurde beim Schneiden astigen Holzes einem Arbeiter, der mit starken Handschuhen versehen war, die das Festhalten beeinträchtigten, das Arbeitsstück von der Kreissäge zurückgeschlagen. Der Arbeiter kam mit der rechten Hand an die Kreissäge, der Handschuh wurde erfaßt, die Hand nachgezogen, und vier Finger wurden abgeschnitten.

Nach Meinung des Gewerbeinspektors für den III. Bezirk ist die hohe Zahl der Unfälle nur auf den außerordentlichen Arbeitermangel und die dadurch notwendig gewordene Einstellung ungelernter, zum Teil minderwertiger Arbeiter zurückzuführen. Dem könne nur durch Veranstaltung besonderer Belehrung der Arbeiter, die entweder durch den Unternehmer, die technischen Beamten oder durch Beauftragte der Berufsgenossenschaft vorzunehmen sei, entgegengewirkt werden. Uebrigens muß derselbe Beamte einen guten Teil der Schuld an den vielen Betriebsunfällen den Unternehmern zu, denen es teils am guten Willen, teils am Verständnis, manchmal auch am Gelde fehle, um den Vorschriften der Berufsgenossenschaft und der Gewerbeinspektion nachzukommen.

Immer wieder stößt auch die Gewerbeinspektion auf den Widerstand der Unternehmer, wenn sie die Anbringung von Staubabsaugeanlagen usw. von ihnen fordert. So wird aus dem II. Bezirk berichtet: In einer Wagenfabrik wurde früher schon ein kleiner Leuchtgasmotor ohne Verschalung im Arbeitsraum angetroffen, und der Arbeitgeber war dabei wiederholt auf die durch diese Anordnung für die Arbeiter entstehenden Unannehmlichkeiten aufmerksam gemacht worden. Bei der gegen Ende des Jahres vorgenommenen Betriebsrevision fand man den Motor durch eine größere sechspferdige Sauggasanlage ersetzt, und zwar stand auch diese wieder einschließlich Generator, Reiniger und so weiter mitten im Arbeitsraum. Da nunmehr in ungünstigen Fällen auch Gesundheitsschädigungen der Arbeiter in Frage kommen konnten, wurde die Oberamtsbehörde veranlaßt, eine Beseitigung dieses Mißstandes herbeizuführen. — Ein Unternehmer, dem mit Rücksicht auf den verhältnismäßig kleinen Umfang seines Betriebes die Auflage der Einrichtung einer Staubabsaugung an den Holzbearbeitungsmaschinen nicht gemacht worden war, glaubte seinen Arbeitern gegenüber selbst das Oeffnen der Werkstattfenster verwehren zu können. Die Gewerbeinspektion verlangte entweder Freigabe sämtlicher Fenster oder Einführung künstlicher Staubabsaugung an den Holzbearbeitungsmaschinen. Der Unternehmer wandte sich an die vorgesetzte Dienstbehörde. Die Gewerbeinspektion verharrte aber der zuständigen Oberamtsbehörde gegenüber auf der Forderung, daß den Arbeitern bis zur endgültigen Entscheidung unter allen Umständen ermöglicht bleiben müsse, die Fenster der Werkstatt zu öffnen.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Böhl in Pfalz, Böhlen in Thüringen, Hamburg (Möbelfabrik Vallesen), Hof i. B., Jena (Grove), Worms, Basel, Bern in der Schweiz, Budapest, St. Loup in Frankreich;

Modelltischlern nach Triest;

Korbmachern nach Brandenburg (Schmidt), Braunschweig (Franz Unger, früher Steinhage), Fürstenberg a. Od., Guben, Hamburg (Heitmann), Wulsdorf;

Vergoldern nach Budapest;

Sägern nach Lüdinghausen i. Westf. (Nierhoff);

Bodenlegern nach Berlin.

Auf der Mathildenhöhe.

Nachwort zur hessischen Landesausstellung, Darmstadt 1908.

Von Josef Aug. Lux.

Anregung zu geben, ist der künstlerische Zweck moderner Ausstellungen. Wenn sich Mühe und Kosten verlohnen sollen, so ist es die Aufgabe, ein Ziel zu zeigen, das hoch über dem Niveau des guten Durchschnitts in Kunst und Gewerbe steht. Ein Ziel, das nur der einzelne verkörpert, der Schrittmacher, der Vorläufer, der Gewaltige, der Künstler. Die mittlere Linie, Schöpfungen aus zweiter, dritter, vierter Hand, wen lockt das? Aber eine Landesausstellung will nicht nur dem Künstlerischen dienen, die will auch eine patriotische Idee verkörpern. Und das zwingt zu Kompromissen. Denn die Ausstellung will die Landeskinder vereinigen. Das Land möchte in der Ausstellung verherrlicht sein, und der patriotische Gedanke muß in einem solchen Falle über die künstlerischen Bedenken siegen. So habe ich denn in Darmstadt viel Schönes gesehen und auch manches, das mich betrübt hat.

Von Olbrich sind die Hauptlinien vorgezeichnet, aus denen dann das eindrucksvolle Gesamtbild der Ausstellung hervorwuchs. Die beherrschende Architektur ist der vielgenannte Hochzeitsturm in Verbindung mit den edlen Linien der Olbrichschen Bauwerke für die sogenannte Kunsthalle, Bauwerke, die mit Freitreppen, Hallen, Höfen, luftigen Arkaden in einem bewegten und dennoch zu ruhiger Harmonie zusammengefaßten Spiel von Formen den Hügel bekrönen, zu dessen Füßen sich der Platanenhain hinschmiegt. In diesen milden Oktobertagen gewann die natürliche und künstlerische Schönheit dieser Anlage eine besondere Steigerung. Ich konnte nicht müde werden, von der Höhe des Turmes in das Wald- und Bergland hinauszusehen, aus dem uns die Kunst eines Hans Thoma grüßt, oder von den Stufen und Terrassen der Kunsthalle auf das von der Schere sorgfältig in Zucht gehaltene Laubdach des Platanenhains niederzublicken oder in dem Hain wie in einer großen Säulenhalle hinzugehen, in die die verklärende Herbstsonne niederrieselte, filtriert gleichsam durch das dünne Blätterwerk, das wie gelbe Seide schimmerte. Und die Gedanken liefen zurück zu dem Ernst Ludwig-Haus, das die Gedächtnisausstellung Olbrichs umschloß, des Künstlers, der die Schönheit des Landes und der Natur so tief erfaßt und durch den wundervollen Rahmen seiner Kunst erhöht hat.

Und eine seltsam weiche Stimmung war, ein Ergriffensein, eine heimliche Freude und ein Trauern wie bei einem Abschiednehmen. Denn das ist die Stimmung der schönen Herbsttage, verschärft und vertieft durch die erschütternden Ereignisse, die vorangingen; es galt ein Abschiednehmen von der lieben Sonne, von dem fröhlichen Leben und Beisammensein, das der flüchtige Ausstellungszweck herbeiführte, und vor allem galt es ein Abschiednehmen von dem Künstler, dessen letztes Werk bald einsam wie ein edles Wahrzeichen und Symbol eines zu früh geschiedenen Kunstfrühlings aufragen wird, einsam wie der köstliche Hain, der seinen besten Freund verloren hat, den einzigen, der seine Schönheit liebte und wußte, was ihr die Kunst geben müsse. Leise Andeutungen für das, was der Künstler mit diesem entzückenden Naturgebilde beabsichtigte, sind ja vorhanden: die schönen Mauern aus rotem Stein mit dem unregelmäßigen Netzwerk weißer Mörtelfugen, diese edel-einfachen Mauern, die in Terrassen und Pergolen die klassisch-schlichte Gebäudekrone des Hügels abstufen und mit den tieferen Lagen harmonisch verbinden; diese geradezu dichterisch empfundenen Mauern, die sich behutsam und zärtlich vorstrecken, den gnadenreichen Hain zu umfassen wie ein Blumenbeet und ihn mit einer liebevollen Umarmung an dieses Gebäudeherz zu drücken, damit er eins werde mit dem heiligen Bezirk jener architektonischen Anlage, die der Kunst und dem Genuß der landschaftlichen Schönheit geweiht sein sollte. Aber diese im Traum des Künstlers ersehnte und vollendete Umfassung ist im halben Werk wie eine zaghafte Bewegung stehengeblieben; wie ein unschlüssig und zögernd ausgreifender Arm schiebt sich dieses Mauerwerk an einer Seite vor und möchte weiter auslangen, einmal, wenn die für den vergänglichen Ausstellungszweck etwas eilfertig hingestellten Umbauten für Restaurationszwecke verschwunden sein werden und sich dort die klaffende Lücke auftut, die im Traum des Künstlers geschlossen war. Wer wird die Lücke ausfüllen? Das ist die schwere Frage und in ihr liegt das ganze Schicksal der Darmstädter Kolonie eingeschlossen. Wird je einer die Lücke ausfüllen, die der Künstler durch sein Scheiden in den Bestand der Sache gerissen hat? Es gibt gar keine Antwort darauf, denn dieser Künstler war die Kolonie selbst oder das, was ihren Ruhm zu einem Aufleuchten brachte, und niemand ist, der das Erbe antreten könnte. Ich weiß nur, daß es nicht möglich ist, zweimal dasselbe zu erleben und daß die Glanzzeit, durch die Darmstadt sich über den Welthorizont erhob, unwiderbringlich vorüber ist. Vorüber, weil alles Wertvolle mit der schöpferischen Persönlichkeit steht und fällt. Zwar sind in der Kolonie mehrere strebsame und brave Künstler tätig, aber keiner, der den Rang halten könnte. Darmstadts Glück und Ende als Kunstereignis war mit Olbrichs Wirken verknüpft. Und auch darum ist es ein Abschiednehmen. Gerade diese Ausstellung enthüllt es, wie wenig der künstlerische Umkreis der Darmstädter Kolonie imstande ist, das hohe Niveau einzuhalten, das durch das Wirken Olbrichs erreicht war. Aber nicht mehr als den großen Umriß und die Bekrönung des Ausstellungswerkes hat Olbrich zum Gelingen der Sache gegeben, die erwähnten monumentalen Bauwerke, ferner das sogenannte Oberhessische Haus, eine reizende Architektur, einem kleinen Palast nicht unähnlich und doch erfüllt von fast ländlicher Intimität, keine Bauernhauskopie im Heimatstil, wie es der verirrte Kunstsinn heute liebt, sondern eine wohldurchdachte, künstlerische Schöpfung, die überall ihr Heimatrecht besitzt. Und als Drittes ist das einzigartige Kleinbürger- oder Arbeiterhaus hervorzuheben, das alle Versuche dieser Art in den Schatten stellt durch einen ausgezeichneten Grundriß, eine verständnisreich eindringende Durcharbeitung der Details und durch die einfache, sympathische Größe der Außenerscheinung und bei aller Oekonomie der Verhältnisse sich weit über jenen Schematismus erhebt, den man auch an den sogenannten modernen Schöpfungen dieser Art findet. Alles in allem keine ordinäre Sentimentalität, die das Arbeiter- oder Kleinbürgerhaus zum Bauernhaus stempeln möchten, wie ich es auf der Münchener Ausstellung gesehen habe. So empfing auf den ersten Blick hin das Gesamtbild der Ausstellung ein Cachet dieses Künstlers. Aber wie sehr muß ihm der Ausbau der Ausstellung nach innen verleidet worden sein, so daß selbst das Oberhessische Haus die Raumausstattung nicht restlos von dem Baukünstler empfing, der auch nach innen ein Schatzkästlein aus dem Gebäude hätte machen können. Wie sehr müssen ihm die Hände gebunden gewesen sein, daß er nur die unteren Räume vollendete und bei aller Vorzüglichkeit im einzelnen doch nicht den Verdruß und die Unfreude verhehlen konnte, die sich in diese Arbeit einschlich. Nicht weil er Widersacher gefunden hatte, die übles wollen und dem Künstler gram sind, sondern einfach dadurch, daß viele dreinreden und sich einmengen und wenig berufene Leute einen Einfluß geltend machen wollen, der die eingeborene Schönheit der künstlerischen Idee zu schädigen und die Schaffensfreude des Künstlers zu lähmen droht. So war es auch hier geschehen. Olbrich konnte und wollte nicht die vielen Minderwertigkeiten decken, die unter der Hand durchgeschoben wurden und die immer durchgeschoben werden, wenn das Schicksal einer Schöpfung auf die vereinigten Schwächen von Majoritäten gestellt wird. Darum überließ Olbrich sein Oberhessisches Haus anderen Leuten, die es nun recht und schlecht einrichteten und gewissenhaft dafür sorgten, daß die Enttäuschung als Hauswirtin den Gast an der Schwelle begrüßt. Und damit hängt es auch zusammen, daß man auch in den sonstigen Teilen der Ausstellung, namentlich in den Abteilungen für Raumkunst, dem Künstler nicht mehr begegnet. Das ist schade. Auch hinsichtlich der sogenannten Raum- oder Wohnkunst hätte die hessische Ausstellung ein Kunstereignis ersten Ranges werden können, ein neues Dokument. Es ist unwägbar, was wir gerade von diesem Künstler hätten erwarten können. Der Wert und Erfolg der Ausstellung hätte gerade dadurch eine unermeßliche Steigerung erfahren. Eine solche Unternehmung auf die vorhandene beste Kraft aufzubauen, ist die einzige und richtige Kunstpolitik, wenn durch die vergängliche Ausstellung ein bleibender Wert, ein künstlerisches Vorbild geschaffen werden soll. Alles andere ist eine Pöbelaffäre. (Schluß folgt).

Soziales.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosigkeit hat zurzeit einen Umfang angenommen, wie kaum je zuvor, und leider muß damit gerechnet werden, daß der beginnende Winter eine weitere Vermehrung der Zahl der Arbeitslosen bringen wird. Eine Reihe von Stadtverwaltungen hat sich bereits, in den meisten Fällen auf Drängen der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, mit der Frage beschäftigt, auf welchem Wege der Not der Arbeitslosigkeit gesteuert werden könne. Da und dort sind Zählungen der Arbeitslosen in Aussicht genommen oder auch wohl schon durchgeführt, auch Notstandsarbeiten sind in manchen Gemeinden beschlossen worden, aber alle diese Maßnahmen sind, soweit sie überhaupt zur Durchführung gelangen, nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Für einen Teil der Arbeitslosen können sie wohl die Not bis zu einem gewissen Grade mildern; die große Mehrzahl der Arbeitslosen hat aber keinen Nutzen von den Einrichtungen, und vor allen Dingen sind diese nicht darauf berechnet, die Ursachen der Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Das liegt nicht in der Absicht der Gemeindeverwaltungen, die sich mit dem Problem beschäftigen; und selbst wenn sie es wollten, wären sie dazu nicht in der Lage. Das Heer der Arbeitslosen ist ein wichtiger Bestandteil unserer göttlichen Weltordnung und in der Beseitigung der Ursachen der Arbeitslosigkeit erblicken die Besitzenden eine schwere Gefahr für ihre Vorrechte. Wir müssen uns also damit abfinden, daß das Problem der Arbeitslosigkeit innerhalb unserer Wirtschaftsordnung eine befriedigende Lösung nicht finden kann. Das darf uns natürlich nicht veranlassen, die Hände in den Schoß zu legen und abzuwarten, bis die heutige Gesellschaftsordnung von einer besseren abgelöst ist, vielmehr müssen wir alle möglichen Wege einschlagen, um die Wirkung der Krise nach Kräften abzuschwächen. In erster Linie kommt natürlich die Schaffung von lohnender Beschäftigung für die Arbeitslosen in Betracht, und das ist ja auch der Weg, auf welchem die Gemeinden, soweit sie den Dingen überhaupt nähertreten, ihr sozialpolitisches Interesse zu betätigen suchen. In den meisten Fällen reicht jedoch die Einsicht nicht sehr weit und manche Stadtverwaltung glaubt ihre Pflicht vollauf erfüllt zu haben, wenn sie die Arbeitslosen mit Steineschlagen oder bei der Bewegung von Erde beschäftigt. Kommt es doch dabei noch vor, daß solche Notstandsarbeiten aus Bequemlichkeitsrücksichten nicht in eigener Regie der Gemeinde ausgeführt, sondern an Unternehmer vergeben werden, die selbstverständlich weniger die Linderung der Not der Arbeitslosen, als die Mehrung des eigenen Profits im Auge haben. Aber selbst wenn der für solche Arbeiten ausgeworfene Betrag ohne Abzug eines Unternehmergewinnes den Arbeitslosen zugeführt wird, ist es einleuchtend, daß derartigen Arbeiten nur ein Teil der Arbeitslosen gewachsen ist. Es ist durchaus kein Zeichen von Arbeitsscheu, wenn viele gelernte Arbeiter, denen es an der nötigen Körperkraft gebricht oder die befürchten müssen, bei der Beschäftigung mit Erdarbeiten oder Steineschlagen die Fingerfertigkeit einzubüßen, die sie zur Ausübung ihres Berufes bedürfen, es ablehnen, derartige Notstandsarbeiten auszuführen. Es muß also nach Mitteln gesucht werden, auch solchen Arbeitern Beschäftigung zu geben. Zwar wird es kaum möglich sein, allen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, aber sicherlich läßt sich bei einigermaßen gutem Willen auf diesem Gebiete viel mehr leisten, als seither geschieht.

Neben der Beschäftigung der Arbeitslosen kommt als Mittel zur Linderung der Not die Unterstützung in Betracht. Selbstverständlich müssen wir eine Unterstützung, die sich als Armenfürsorge charakterisiert und den Unterstützten die Bürgerrechte nimmt, strikte ablehnen. Am besten ist bisher die Gewährung einer Unterstützung an die Arbeitslosen von den Gewerkschaften gelöst worden, die gewaltige Summen für diesen Zweck aufgebracht haben. Allerdings hält sich der auf den einzelnen Arbeitslosen entfallende Unterstützungbetrag in recht bescheidenen Grenzen. Hier wäre für die öffentlichen Körperschaften, für Staat und Gemeinde, Gelegenheit geboten, helfend einzugreifen. Auf diesem Gebiete ist ja auch bereits manches geschehen. Insbesondere hat die Stadt Gent Einrichtungen zur Unterstützung der Arbeitslosen getroffen, die vorbildlich geworden sind, in Deutschland jedoch, abgesehen von Straßburg, keine Nachahmung gefunden haben. Bei diesen Unterstützungsmaßnahmen verhält sich die Staatsregierung durchaus passiv, obwohl im Grunde genommen Staat und Reich ein sehr erhebliches Interesse daran hätten, die Arbeiterschaft auch in der Krisenzeit widerstandsfähig zu erhalten.

Es muß deshalb insbesondere an das Reich, welches der arbeitenden Bevölkerung immer neue Lasten auferlegt, das dringende Verlangen gestellt werden, den Opfern unserer Wirtschaftsordnung das notwendige Interesse zuzuwenden, indem es Vorsorge zur Unterstützung der Arbeitslosen trifft. Der Wege, auf welchen die Unterstützung erfolgen kann, sind ja viele; der einfachste und bequemste ist der, den Gewerkschaften eine Beihilfe zur Arbeitslosenunterstützung zu gewähren. Aber gerade dieser Weg dürfte bei der Reichsregierung auf recht geringe Gegenliebe zu rechnen haben. Bekanntlich erfreuen sich die Gewerkschaften in den maßgebenden Kreisen recht geringer Sympathien und man dürfte dort viel leichter geneigt sein, den Arbeiterorganisationen alle möglichen Schwierigkeiten zu bereiten, als ihnen Unterstützungen zuzuwenden. Am allerwenigsten in der jetzigen Zeit, wo neue Raubzüge auf die Taschen des arbeitenden Volkes geplant sind. Nicht viel größer sind die Aussichten, zu dem Zweck Zuschüsse aus den Kassen der Einzelstaaten zu erhalten; von Preußen wenigstens ist in dieser Beziehung nichts zu erwarten, und ob die Erhebungen, welche zurzeit von der bayerischen Regierung veranstaltet werden, zu einem positiven Ergebnis führen, bleibt abzuwarten. Am ehesten ist noch zu erwarten, daß sich einzelne Gemeindeverwaltungen zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung nach dem Genter System bewegen lassen, obwohl auch in dieser Beziehung die Hoffnung nicht hoch gespannt werden darf.

Die Abneigung der maßgebenden Kreise darf uns aber nicht hindern, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die ungeheure Arbeitslosigkeit in unserer Gesellschaftsordnung begründet ist, und daß demzufolge die Gesellschaft verpflichtet ist, die Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die Not, wenn nicht zu beseitigen, so doch nach Möglichkeit zu lindern. Den Besitzenden ist es sehr unangenehm, auf diese Dinge hingewiesen zu werden, darauf dürfen wir aber keine Rücksicht nehmen, wir müssen ihnen im Gegenteil die herrschende Not recht eindringlich zu Gemüte führen und energisch auf Abhilfe dringen.

Die Staatsanwälte wollen streiken. Die preußische Regierung hat mit ihrer Besoldungsvorlage böses Unheil angerichtet. Sie hat vergessen, den Richtern und Staatsanwälten eine angemessene Erhöhung ihrer Bezüge zuzuweisen und durch diese ihre Unterlassungssünde den hellen Zorn der festesten Stützen des Klassenstaates angefacht. Es ist auch wirklich unerhört, den königlich preußischen Staatsanwälten zuzumuten, sich gegen das lumpige Gehalt von 3000 bis 7200 Mk. für die Sicherheit des Staates zu strapazieren. Die Herren kommen dadurch in die Stimmung, die Gefühle streikender Arbeiter zu verstehen, die um eine Erhöhung ihres Lohnes kämpfen oder sich gegen eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen wehren. Recht ungeschickt von ihnen ist es, daß die Herren ihrer verärgerten Stimmung auch in der Presse Ausdruck geben und die scharfmacherischen „Berliner Neuesten Nachrichten" haben gewiß nicht überlegt, was für üble Folgen das haben könnte, als sie in ihren Spalten einem wildgewordenen Staatsanwalt das Wort gaben. Nachdem er geschildert, wie man mit den gegenwärtigen Gehältern der Richter und Staatsanwälte höchstens als lediger Mann oder vielleicht auch mit Familie in ganz kleinen Städten mit denkbar einfachen Verhältnissen, aber auch dann nur unter größter Einschränkung leben kann, läßt er folgenden Kampfruf erschallen:

„Jetzt gilt es, zu zeigen, daß sie sich nicht weiter wie geduldige Schafe scheren lassen wollen. Schließt Euch zusammen. Ihr Richter und Staatsanwälte! Gründet Vereine, aber nicht, um gelehrte Fragen zu erörtern, sondern um Eure Standesinteressen zu wahren, um zu beraten, wie es möglich ist, der Regierung das abzuringen, was Ihr für Eure Frauen und Kinder braucht, was Ihr haben müßt. Von selbst tut sie nichts für Euch, zeigt, daß Ihr auch fordern könnt. Nicht ein Gnadengeschenk ist es, was Ihr verlangt, sondern Euer gutes Recht, das Euch werden muß. Darum auf zum Kampf!"

Die preußischen Staatsanwälte im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, das gibt ein heiteres Bild!

Armenunterstützung und Wahlrecht. Der Gesetzentwurf über die Einwirkung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte, den der Bundesrat am 29. Oktober beschlossen hat, ist dem Reichstage zugegangen. Er bestimmt in seinem einzigen Paragraphen folgendes:

„Soweit in Reichsgesetzen der Verlust öffentlicher Rechte von dem Bezug einer Armenunterstützung abhängig gemacht wird, sind als Armenunterstützung nicht anzusehen:

1. die Krankenunterstützung;
2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege;
3. Unterstützungen zum Zwecke der Erziehung oder der Ausbildung für den Beruf;
4. sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form vereinzelter Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind;
5. Unterstützungen, die erstattet sind."

Der Hering soll verteuert werden. Der Hering ist als billiges und gesundes Nahrungsmittel allgemein geschätzt. In vielen Arbeiterfamilien, deren Einkommen zur Beschaffung von Fleisch nicht ausreicht, ist er das einzige animalische Nahrungsmittel. Jetzt sind gerissene Kapitalisten darauf aus, auch diesen Konsumartikel zu verteuern. Kürzlich haben sich 13 Heringsfischereigesellschaften dahin verständigt, ihre Verkaufspreise einheitlich festzusetzen. Diese Verständigung hat natürlich eine Erhöhung der Preise zum Zweck. Da hiervon zunächst die Großhändler betroffen würden, gehen diese mit dem Plan um, eine eigene Heringsfischerei zu gründen. Das hierzu erforderliche Kapital von einer Million Mark soll bereits zur Hälfte beisammen sein. Wenn die Gründung zustande kommt, wird es wohl zunächst einen Konkurrenzkampf geben. Wie es aber bei solchen Gelegenheiten zu gehen pflegt, wird es bald zu einer Verständigung kommen, bei welcher die heringkonsumierende Bevölkerung die Zeche zu zahlen hat.

Eine Ausstellung für Heimarbeit soll im Jahre 1909 in Zürich stattfinden. Der Plan geht vom schweizerischen Arbeiterbund aus; im Organisationskomitee werden aber auch das eidgenössische Industriedepartement und die Regierungen der Kantone Zürich, Bern, Freiburg, Basel, St. Gallen, Appenzell, Aargau, Thurgau und Neuenburg — alles Kantone, in denen Heimarbeit zu Hause ist, vertreten sein. Ferner sind daran beteiligt der christlich-soziale Gewerkschaftsbund, die Arbeitskammern von Genf und Tessin, evangelische und katholische Arbeiterinnenvereine und viele andere gemeinnützige Gesellschaften.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, und zwar ab 1. November: Gardelegen 5 Pf., Ueckermünde 5 Pf.; ab 1. Dezember: Esterbrügge 10 Pf.

Mit Schluß des Jahres 1908 sind die im Jahre 1901 ausgestellten Mitgliedsbücher ausgebraucht, das heißt, die Markenrubriken in denselben vollgeklebt. Für diese Mitgliedsbücher werden Ersatzbücher ausgestellt. Die vollgeklebten Bücher müssen Ende Dezember oder Anfang Januar von den Zahlstellenverwaltungen an die Hauptkasse eingesandt werden, worauf wir die betreffenden Mitglieder schon jetzt mit dem Ersuchen aufmerksam machen, die Beiträge bis Jahresschluß rechtzeitig zu entrichten und ihr Mitgliedsbuch alsdann an den Zahlstellenkassierer zur Uebersendung an die Hauptkasse abzuliefern. In den Zahlstellen selbst dürfen solche Ersatzbücher nicht ausgestellt werden.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 46. Wochenbeitrag für die Woche vom 8. bis 14. November fällig geworden.

Arbeitslose Mitglieder haben nach § 28 des Statuts den Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit stets sofort bei der Lokalverwaltung zu melden. Im Interesse einer vollständigen Arbeitslosenstatistik liegt es, daß jedes arbeitslose Mitglied, auch wenn nicht unterstützungsberechtigt, die rechtzeitige Meldung nicht versäumt. Bei unterstützungsberechtigten Mitgliedern gilt der Tag der Meldung in allen Fällen als Beginn der Arbeitslosigkeit; nach Ablauf von sieben Tagen nach der Meldung beginnt der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

Die von den Zahlstellen an die Hauptkasse eingesandten Gelder werden von jetzt ab nach Schluß jedes Monats in der Zeitung quittiert. Damit tritt die Vorschrift, daß über jede Geldsendung an den Revisor der Hauptkasse per Postkarte zu berichten ist, außer Kraft. Die seither von uns gelieferterten Revisorkarten werden also nicht mehr ausgegeben.

Auf Grund mehrfacher Beschwerden machen wir die Zahlstellenkassierer hierdurch zum wiederholten Male darauf aufmerksam, daß es unzulässig ist, für abhanden gekommene Mitgliedsbücher, namentlich an reisende Kollegen, irgendeine Bescheinigung auszustellen. Vor allen Dingen aber ist es nicht gestattet, Unterstützungen auf solche Bescheinigungen auszuzahlen. Wer angibt, sein Mitgliedsbuch verloren zu haben, ist wegen Ausfertigung eines Ersatzbuches an den Verbandsvorstand zu verweisen.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

195872 Friedrich Gabriel, Tischler, geb. 29. 9. 86 zu Großwandris.
214685 Franz Kubis, Tischler, geb. 29. 6. 83 zu Breslau.
234544 Hermann Grützmacher, Tischler, geb. 25. 11. 81 zu Berlin.
237274 Paul Schulte, Tischler, geb. 17. 6. 81 zu Haspe.
419615 Julius Gläser, Korbm., geb. 18. 12. 70 zu Fürth.
446262 Theresia Wessels, Bekleberin, geb. 20. 1. 79 zu Horstmer.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Der Verbandsvorstand.

Agitation im Gau Chemnitz.

Leider konnte ich nur zirka die Hälfte der mir zugedachten Versammlungen abhalten, was ich in meinem eigenen Interesse sehr bedauere, da mir in diesem Bezirk Verhältnisse begegneten, die ich bis dahin nur vom Hörensagen oder aus Büchern kannte und die daher mancherlei Neues und Interessantes für mich boten.

Sehr häufig schon haben wir in der engeren Heimat beim Betrachten und Besprechen des Agitationsfeldes und der großen Zahl nichtorganisierter Holzarbeiter in Deutschland uns die Frage vorgelegt: Wo und in welchen Verhältnissen mögen diese Kollegen sich wohl eigentlich befinden, daß es nicht möglich ist, sie zur Fahne heranzuholen? Wenn man aber erst hineingesehen hat in die Verhältnisse der einzelnen Industrien, wie sich diese an bestimmten Orten häuslich eingerichtet und sich fast die ganze Bevölkerung — wenigstens soweit Minderbemittelte in Frage kommen — dienstbar gemacht haben, wie alt und jung, groß und klein im Frondienst des Kapitalisten stehen, sei es nun in der Fabrik oder bei der Heimarbeit, dann erkennt man unschwer die Schwierigkeiten, die der Organisierung dieser Massen entgegenstehen. Und im Grunde genommen liegt der ganze Krebsschaden, das Grundübel allen Elends in der riesigen Ausdehnung der Heimindustrie begründet. Warum sollten z. B. die in diesem Bezirk nach Tausenden zählenden Musikinstrumentenarbeiter unter normalen Verhältnissen nicht ebensowohl für den Verband zu gewinnen sein als ihre Kollegen anderwärts? Heute allerdings gibt's dort noch Orte, wo Tausende beschäftigt, aber die Zahl der Organisierten kaum erst nach Dutzenden zählt. Und wie in dem einen Ort die Zigarrenbranche dominiert, hat sich in anderen die Kork- oder Bürsten- oder Tabakbranche usw. das Feld gesichert. Eine ausgemergelte, geknechtete Proletariermasse, die ihre geistige oder persönliche Selbständigkeit, ja das Gefühl für ihre eigene Menschenwürde bis zu einem hohen Grade auf dem Altar des heiligen Kapitalprofits hat opfern müssen, legt hier beredtes Zeugnis ab dafür, daß in der heutigen Wirtschaftsordnung der Arbeiter weiter nichts als ein Stück Ware ist, und daß in Wirklichkeit die Ausbeutung und Bedrückung nur dort eine Grenze findet, wo sich die Arbeiter selbst in ihrer Organisation die nötige Widerstandskraft und Interessenvertretung geschaffen haben.

Gleich die erste Versammlung in Klingenthal zeigte ein recht trübes Bild. Von etwa 2000 Beschäftigten sind 240 organisiert und von diesen 38 in der Versammlung. Hier scheint man den Verband nur als Unterstützungseinrichtung zu kennen, und zwar schien mir, als ob in dieser Beziehung dort sehr unrühmlich gearbeitet würde. Raschau ist der Sitz der Korkindustrie und nach den Erfahrungen, die ich in neuerer Zeit in unserem Gau mit diesen Branchenkollegen gemacht hatte, waren meine Hoffnungen nicht allzu hoch gespannt. Jedoch sind hier immerhin von 200 Beschäftigten 126 organisiert. In der Versammlung waren 50 erschienen.

Etwas besser sah es in Johanngeorgenstadt doch schon aus, wo zirka 100 Personen an der Versammlung teilnahmen. Sowohl in diesem Ort als auch in Schönheide hat die durch die wirtschaftliche Krisis hervorgerufene Arbeitslosigkeit recht ungünstige Erscheinungen gezeitigt. Die Furcht vor der Entlassung ist teilweise so groß, daß die Leute sich nicht getrauen, eine Versammlung zu besuchen, weil das von Fabrikanten unliebsam vermerkt werden könnte. Und letztere nutzen gegenwärtig ihre Macht gründlich aus, um unserer Organisation das Lebenslicht auszublasen. So wurde z. B. ein Fall erwähnt, wo ein Arbeitgeber einem jugendlichen Kollegen den Beitrag für den sogenannten nationalen (d. h. gelben) Verein einfach vom Lohne abzieht, ohne daß der betreffende Kollege überhaupt etwas von seiner Mitgliedschaft in diesem Verein weiß. Wenn man dann noch erfährt, daß solch ein Kollege bestenfalls 5—7 Mk. die Woche verdient und zu Hause eine alte Mutter hiervon unterstützen soll, wird man die Menschenfreundlichkeit des Arbeitgebers gewiß nicht unterschätzen.

In Chemnitz hatten sich 400 Kollegen eingestellt. Es kam zu einer kurzen, aber sachlichen Aussprache über unsere Vertragspolitik, wobei den Kollegen wohl klar geworden sein wird, daß mit dem bloßen Kritisieren auch noch nicht viel gebessert ist. Die imposanteste Versammlung hatte ich in Leipzig, wo zirka 1000 Kollegen den Saal füllten. Man braucht sich nur einmal den Unterschied der Aufnahmefähigkeit zwischen den einzelnen Versammlungen vor Augen zu halten, um das Wirken der Organisation, ihre Erfolge nicht nur bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sondern auch in bezug auf die geistige Hebung der Kollegen klar und deutlich zu erkennen. An der Leipziger Kollegenschaft könnten sich manche Zahlstellen ein Beispiel nehmen, und besonders den Kollegen des Erzgebirges möchte ich zurufen: Versucht, es den Leipzigern nachzumachen.

Frankenberg wies wieder eine recht schlechte Versammlung auf, was mit der am gleichen Tage stattfindenden Wahl von Vertretern zur Ortskrankenkasse in Zusammenhang gebracht wurde. Dagegen waren die Kollegen in Hainichen wieder besser auf dem Posten, wo von 64 organisierten 60 in der Versammlung anwesend waren.

Mein Eindruck von dem Stande unserer Organisation im Gau Chemnitz ist der, daß wir dort in sehr vielen Orten erst am Anfang unserer Aufgaben stehen. Wird allseitig mit der nötigen Energie und Ausdauer gearbeitet, dann dürfte dieser Gau wie vielleicht kein zweiter noch einmal eine Zukunft haben.

A. Neumann-Hamburg.

Dieser Gau gehört zu den Bezirken, in welchen die industrielle Entwickelung am weitesten vorgeschritten ist. Man glaubt daher, daß es in solchen Distrikten leicht sein müsse, die Organisationen der Arbeiter zu gründen, zu erhalten und auszubauen. Schon oft ist eine derartige Annahme durch die rauhe Wirklichkeit zerstört worden. In fast allen Orten, in denen ich in Versammlungen zu referieren hatte, liegen die Verhältnisse derartig, daß noch ein großer Prozentsatz unorganisierter Kollegen vorhanden ist. Weiter aber habe ich Orte beziehungsweise ganze Landstriche besucht, um mich zu informieren und dabei die Tatsache bestätigt gefunden, daß Tausende von Kollegen dort — manchmal unter den erbärmlichsten Existenzbedingungen vegetierend — noch jeder Organisation bar sind! Ich sage ausdrücklich Tausende von Holzarbeitern im Vogtlande beziehungsweise im Erzgebirge sind vorhanden, die gerade wegen der schroffsten kapitalistischen Ausbeutung heute noch unseren Bestrebungen indifferent gegenüberstehen. Immer und immer wieder quälte mich diese bittere Tatsache, und ich meine, es ist höchste Zeit, in diesen Bezirken mit einer intensiven Agitation einzusetzen.

Ich habe in allen Versammlungen Wert darauf gelegt, die Kollegen mit den grundlegenden Fragen der Gewerkschaften vertrauter zu machen. So wichtig auch das Klassengefühl ist, so hängt der Erfolg des Kampfes doch schließlich von der klaren Erkenntnis der ökonomisch-politischen Gesetze ab. Meine Ausführungen über das Thema: „Die Gewerkschaften als Träger einer neuen Kultur" dürften zur Klärung sowohl als auch zur energischeren Tätigkeit für den Verband beigetragen haben. In allen Orten habe ich praktische Winke gegeben und wurde in einer größeren Anzahl von Zahlstellen sofort Hausagitation usw. organisiert. In einigen Versammlungen wurden auch einzelne Neuaufnahmen vollzogen.

Die Leitungen in all den 17 Zahlstellen, wo ich zu sprechen hatte, waren bestrebt gewesen, eine gute Versammlung zustande zu bringen. Nicht immer war es völlig gelungen. Der beste Besuch war in Zwickau zu verzeichnen. Nicht nur, daß die Organisierten fast vollzählig erschienen, auch Unorganisierte hatten sich eingefunden, und dürfte der Erfolg wohl nicht ausbleiben.

Verhältnismäßig guten Besuch wiesen die Versammlungen in Aue, Buchholz, Eilenburg, Jöhstadt, Meerane, Planitz, Taucha, Werdau, Wilkau und Wurzen auf. Mittelmäßig war der Besuch in Auerbach, Borna, Crimmitschau und Reichenbach. Ungenügend aber war die Zahl der Teilnehmer in Schmölln und Zeitz. Da in allen Versammlungen dem ernsten Bestreben, mehr wie bisher für den Verband zu wirken, Ausdruck verliehen wurde, dürfte auch diese Tour zur Festigung und Ausdehnung des Verbandes beigetragen haben.

C. Schreck-Bielefeld.

Agitation in den Gauen Hannover und Frankfurt.

Die Entwickelung unserer Kämpfe in der Holzindustrie zeigt uns in besonders deutlicher Weise, daß wir mit raschen Schritten dem Punkt entgegenkommen, wo es sich nur noch um Auseinandersetzungen in großem Stile mit den Arbeitgeberverbänden handeln wird. Damit ist aber auch die Zeit gekommen, in der den Kollegen klargemacht werden muß, daß Lauheit und Gleichgültigkeit heute schlimmere Wirkungen erzeugen, als dies in früherer Zeit der Fall gewesen. Während früher der Indifferentismus der Kollegen an dem einzelnen Orte nur hier die Kollegen in ihren Kämpfen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zurückhielt und schädigte, beeinflußt Indifferenz und Lauheit in gegenwärtiger Zeit das gesamte Kampfesgebiet der Zukunft, denn die Entscheidung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den kommenden Jahren fällt nicht erst in den dann stattfindenden Verhandlungen, sondern diese Entscheidung haben die beiden kämpfenden Parteien schon vorher gefällt. Je stärker, größer und kampfesfähiger wir geworden, je größer die Macht der Organisation, die wir in die Wagschale werfen können, desto größer auch die Erfolge, die wir vom Gegner erringen können. Jetzt muß die Organisation geschaffen werden, die zu Beginn der wirtschaftlichen Hochkonjunktur kampfbereit auf den Plan zu treten hat, und was wir zurzeit für die Agitation tun, das wird uns reichlich mit Zins und Zinseszinsen dann zugute kommen. Man denke sich imposant besuchte Versammlungen mit ihren Wirkungen

auf die Oeffentlichkeit, auf das Unternehmertum und nicht zuletzt auf unsere jungen heranwachsenden Mitkollegen. Die Krise mit all ihrem Elend, sie darf und kann uns nicht entmutigen, denn gerade zur Jetztzeit mit dem großen Ueberangebot von Arbeitskräften haben die Kollegen den Schutz und Schirm der Organisation am ehesten nötig.

Durchdrungen von dem Gedanken, einen bescheidenen Teil mit beizutragen, im oben angedeuteten Sinne zu wirken, habe ich gern die Tour übernommen, die sich auf zwei Gaue erstreckte, in denen die Wirkungen der Krise so schwer auf der Arbeiterschaft lasten. Was die Vorbereitungen zu den Versammlungen anbelangt, so haben Gauvorstand und Ortsverwaltungen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ihr möglichstes getan, leider ging der Durchschnittsbesuch über Mittelmäßigkeit nicht hinaus, einzelne Orte, und gerade jene, in denen es die Kollegen am nötigsten hätten, hatten einen geradezu schlechten Besuch aufzuweisen. Erfreulich ist hierbei nur, daß den Veranstaltern der Versammlung keine Schuld hierfür beigemessen werden kann. Dieses Bewußtsein dürfte daher manchen Vertrauensmann über den Aerger wegen der Lauheit vieler Kollegen hinwegtrösten. Vielfach war das schöne Herbstwetter schuld daran, dem viele Kollegen nicht widerstehen konnten. Anstatt zur Versammlung gingen sie zum Kartoffelroden. Allerdings einen Abend hätte man wohl auch hier noch unserer gemeinsamen Sache opfern können. Im Gau Hannover besitzen selbst die Kollegen, die aus der Umgegend von mittleren Städten nach diesen zur Arbeit gehen, jeder ein Stück Ackerland, um Kartoffeln und Gemüse bauen zu können, daher erklärt sich auch die verdammte Gleichgültigkeit solcher Arbeiter gegenüber höherem Barlohn. Für einen Südbayern eine recht befremdende Erscheinung. Hier bewahrheitet sich so recht der Satz: „Gib dem Arbeiter ein Stück Felsen, und er macht sich Kartoffelland daraus.“ Daher erklärt sich auch die Schwierigkeit der Agitation bei den „an die Scholle gefesselten“ Arbeitern in diesem Gau.

Viel Aufklärung ist noch bei den Sägearbeitern in Seesen zu leisten, um die 65stündige Arbeitszeit und Löhne von 26 Pf. pro Stunde zu beseitigen, Besuch hier wie in Alfeld a. Leine schlecht. In letzterem Ort scheint die Flauheit auf den Mangel eines geeigneten Versammlungslokales zurückzuführen zu sein. In Hildesheim waren 70 Kollegen, in Hannover mit seiner guten altbewährten Organisation 250 Kollegen anwesend. Gut besucht war die Versammlung in Peine, zumal hier viele Kollegen weit entfernt auswärts wohnen. In Uelzen war eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung einberufen, die gut besucht war; recht zahlreich waren auch die Kollegen in Celle erschienen. Enttäuscht war ich von Bünde. Nachdem dort erst ein 20wöchentlicher Kampf mit Erfolg beendet war, hätte der Besuch besser sein können. Auch in Melle war der Besuch mangelhaft, trotz schlechter Akkordverdienste in den dortigen Weißmöbelfabriken.

In Osnabrück hatten sich 125 Kollegen eingefunden. Ein christlicher Diskussionsredner nahm Anstoß an einem Satz des Referenten, der die Kirche als Gegner der Arbeiterbestrebungen bezeichnete, im übrigen erklärte er sich mit den Ausführungen ganz einverstanden. In Quakenbrück sind etwa 220 Bürstenmacher beschäftigt, angesichts der schlechten Löhne hätte der Besuch besser sein können. Dagegen waren alle organisierten Kollegen in Lage in die Versammlung gekommen, trotz schlimmen Geschäftsganges herrscht hier guter Geist unter den Kollegen. Dasselbe kann auch von Herford gesagt werden, ebenso von Detmold, auch hier guter Besuch der Versammlung. In letzterem Orte ist es jedoch recht flau mit den Maschinenarbeitern bestellt, es sind dies in der Mehrzahl Besitzer von Kartoffelland, daher mit schlechten Löhnen zufrieden. In Schöttmar fand es von 208 Kammachern nur einer für nötig, die Versammlung zu besuchen. Die Kollegen von Herford werden hier behilflich sein müssen in der künftigen Agitation. Besseren Besuch hatte ich in Bielefeld erwartet, dagegen sind in Minden die Kollegen der Aufforderung zahlreich gefolgt. Schlimm steht es dagegen in Oehnhausen, schlechter Besuch, schlechte Löhne, Tischler im Akkord 38 bis 40 Pf. und Maschinisten 28 Pf. die Stunde; von etwa 400 Beschäftigten sind erst 225 organisiert, davon etwa 80 christlich. Die Kollegen in Nienburg kamen alle in die Versammlung, sogar die auswärts wohnenden waren anwesend. Einen schweren Stand mit der Agitation haben die Kollegen in Münder a. Deister in den Stuhlfabriken, lauter Spezialarbeiter, die schwer zu gewinnen sind. Von 250 bis 300 Beschäftigten erschienen 65 in der Versammlung, hier macht sich auch die Krise ganz besonders bemerkbar.

In Springe befindet sich eine Stuhlfabrik, wo die Kollegen gut organisiert sind, aber trotzdem die Versammlung schwänzten. Die wirklich vorbildliche Mühe der Verwaltung in Hameln hätte besseren Erfolg verdient. Am Tage vorher wurde jeder einzelne Indifferente besucht und Flugblätter sowie Einladungszettel in den Wohnungen verbreitet bei mündlicher Agitation, und trotzdem erschienen nur 30 Kollegen, nicht einmal die Hälfte der Organisierten. In Münden (Hann.) ging der Besuch so leidlich, und wenn die Kollegen weniger in kleinlichen Nörgeleien sich in Zukunft ergehen und mehr das große Ganze im Auge behalten, könnte dieses dort nur vonnutzen für die Arbeiterschaft sein. Recht erfreulich war der Besuch durch 200 Kollegen der Versammlung der Waggonfabrik von Crede in Kassel. Infolge der Krise wird hier seit langer Zeit nur 7½ Stunden des Tages gearbeitet, trotzdem sind die Kollegen von gutem Geist beseelt, sie haben den Wert der Organisation, die Solidarität der Arbeiter in schlechter Konjunktur erkennen gelernt, und so müßte es überall sein, dann wäre die Agitation eine Freude für jeden.

Im Frankfurter Gau sprach ich in Wiesbaden, die Versammlung besuchten 130 Kollegen, in Darmstadt nur 65 Kollegen. Sonderbare Taktiket scheinen die Darmstädter Kollegen zu sein. Aus Aerger, weil der Tarif seitens der widerspenstigen Arbeitgeber, denen der schlechte Geschäftsgang dabei zugute kommt, noch nicht anerkannt ist, bleiben die Kollegen demonstrativ den Versammlungen fern. Anstatt doch das gerade Gegenteil zu tun, um hierdurch der Meisterschaft zu zeigen, daß man sich deshalb noch lange nicht die Schneid abkaufen läßt durch einige Scharfmacher.

In Frankfurt a. M. hatten sich 400 Kollegen zur Versammlung eingefunden, die durch das Auftreten der Christlichen sich noch etwas lebhaft gestaltete. Da, wie man erklärte, an dem sachlichen Referat nichts auszusetzen war, so debattierten die Herren Christen über politische Parteizugehörigkeit und Gewerkschaftsbewegung, Mitgliederfluktuation und Leistungsfähigkeit im Unterstützungswesen, holten sich aber gehörige Blamagen dabei, wie es stets den Herren zu gehen pflegt, wenn sie es mit der Wahrheit nicht recht genau nehmen. Den christlichen Gauleiter Eising, früher in München, zog auch noch die alte Sehnsucht in diese Versammlung, er wollte nach eigenem Eingeständnis hören, ob der Referent heute ebenso noch wie früher mit den Christen zu fechten verstehe. — Dem Manne konnte geholfen und seine Sehnsucht gestillt werden. — Wo es immer nötig ist und wenn es, wie nach den Debatten der Herren Christen in Frankfurt, angebracht ist, da flammt auch bei mir noch die alte Liebe auf, und der Eifer dazu ist noch nicht erlahmt, das dürfte Eising wohl erfahren haben. —

Der eigentliche Zweck der Versammlungen bestand darin, die Kollegen aufzurütteln, daß sie Anteil nehmen an unseren Bestrebungen und sich für das gesteckte Ziel begeistern. Der gute Wille hierzu war bei mir vorhanden, hoffentlich bleibt der Erfolg nicht aus. Mehr denn je müssen aber auch unsere Kollegen dessen eingedenk sein, daß jedes Mitglied des Verbandes das gleiche Recht besitzt, wenn es gilt, über schwerwiegende Maßnahmen in unserer Organisation zu entscheiden. Es kann uns aber fürwahr nicht gleichgültig sein, ob hierbei erfahrene, mit den tatsächlichen Verhältnissen vertraute oder ob unerfahrene Kollegen vor solche oft schwerwiegende Entscheidungen gestellt werden, Kollegen, die nur deshalb unerfahren sind, weil sie sich um die Vorgänge innerhalb des Verbandes, um das gewerkschaftliche Leben überhaupt nicht oder nur sehr wenig und oberflächlich gekümmert haben. Deshalb erscheint mir die Mahnung zu besserem Versammlungsbesuch an die Verbandskollegen dringend notwendig, desgleichen der Appell, zu jeder Zeit und Gelegenheit bei den noch vorhandenen Unorganisierten für die gemeinsame Sache in der Organisation zu wirken. Unbeugsamer, entschlossener Wille und das eiserne Muß sollen uns jederzeit bestimmen, das Beste einzusetzen für die Ausbreitung des Verbandes auch in der gegenwärtigen Krisenzeit.

Anton Raith-München.

Korrespondenzen.

Apolda. Am 26. Oktober fand eine außerordenliche Mitgliederversammlung statt, in welcher unser neuer Gauvorsteher, Kollege Güth, über das Thema: „Die Krise und die Gewerkschaftsbewegung“ referierte, wofür er reichen Beifall erntete. Man sollte nun meinen, daß zu einer solchen interessanten Versammlung es die Kollegen für nötig gehalten hätten, vollzählig zu erscheinen, da doch hier die Konjunktur auch keine glänzende ist. Aber weit gefehlt. Trotz ausreichender vorheriger Bekanntmachung waren nur 60 Proz. der Kollegen anwesend. Kollegen, wohin soll das führen? Wir haben es wirklich noch nicht soweit gebracht, daß wir die Hände in den Schoß legen können. Legt Eure Interesselosigkeit beiseite und besucht fleißig die Versammlungen. Bringe jeder seine Nebenkollegen mit, denn es ist noch sehr viel Agitation nötig, wenn auch wir vorwärts kommen wollen. Hauptsächlich die jüngeren Kollegen mögen sich das zu Herzen nehmen.

Bautzen. Am 24. Oktober fand hier eine öffentliche Agitationsversammlung sämtlicher Holzarbeiter statt, zu welcher Kollege Starke-Dresden als Referent erschienen war. Es ist sehr zu bedauern, daß gerade die älteren Kollegen die Versammlungen gar nicht besuchen; sie haben anscheinend noch nicht ausgeschlafen, oder es geht ihnen noch zu gut. Wenn sie einmal im Jahre in die Versammlung kommen, so möchten sie in der Versammlung und in der Zeitung sehr radikal vorgehen. In der Werkstatt dagegen sind sie sehr kleinlaut. Den Kollegen ist zu raten, daß sie in der jetzigen Krise die Versammlungen besser besuchen, sich für die Organisation mehr interessieren und den jüngeren Kollegen mit gutem Beispiel vorangehen, sie aufklären, damit wir bei besserer Konjunktur auch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen können. Denn nur durch festen Zusammenhalt in der Organisation können wir vorwärtskommen.

Dresden. (Modelltischler.) In der am 18. Oktober stattgefundenen Versammlung referierte Kollege J. Göttfried über: „Der Wert der Verkürzung der Arbeitszeit“. Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit der Hausagitation, und die Kollegen werden ersucht, die Sektionsleitung genügend darin zu unterstützen und die den Versammlungseinladungen beigelegten Flugblätter den Unorganisierten zuzustellen. Nähere Information wurde eingeholt über ein Schreiben aus Stettin, in welchem sich die Kollegen über die hiesige Konkurrenz arg beschweren.

Eisleben. Infolge der Krise ist eine Disziplinlosigkeit unter den hiesigen Kollegen eingerissen, die es notwendig macht, ein paar Worte darüber zu verlieren. Seit Jahren besteht hier ein Arbeitsnachweis, und ist derselbe von allen Kollegen recht lebhaft benutzt worden. Doch das scheint jetzt anders geworden zu sein, und zwar sind es in erster Linie die Korbmacher, welche den Arbeitsnachweis umgehen. Während in der Hochkonjunktur die Unternehmer gezwungen sind, den Arbeitsnachweis zu benutzen, können sie jetzt mit Karten hausieren gehen, worauf sich die Kollegen zur Arbeit anbieten. Da die Kollegen durch diese Art des Arbeitsuchens sich selbst am meisten schädigen, richten wir an alle das Ersuchen, nur den Arbeitsnachweis, Katharinenstraße 16a, zu benutzen.

Frankfurt a. M. (Bürstenmacher.) Die Verhältnisse in den Bürstenmachereien hier sind noch recht traurige, so daß es sich verlohnt, auch angesichts der wirtschaftlichen Krise die auswärtigen Kollegen vor der Zureise nach Frankfurt zu warnen. Obwohl im Laufe dieses Jahres durch die Organisation in einigen Betrieben ein Tarif mit einer kleinen Lohnaufbesserung durchgeführt worden ist, so ist es aber bei dem teueren Lebensunterhalt hier gerade nicht verlockend, nach Frankfurt zu kommen. Wir wollen hier einmal die zwei größten Betriebe, Topp und Franz, bei denen es nicht möglich war, den Tarif ebenfalls einzuführen, etwas unter die Lupe nehmen, es sind das die reinsten Taubenschläge für die Bürstenmacher. Besonders bei Herrn Topp; von einer geregelten Arbeitszeit ist keine Rede, und Lohn bezahlt der Herr nach Gutdünken, 15 bis 21 Mk., dabei noch eine Behandlung, wie man sie von einem anständigen Menschen nicht erwartet. Das gleiche trifft auch bei der Firma Franz zu. Eine Leuchte der Freisinn-Demokraten im hiesigen Stadtparlament, der noch vor zwei Jahren die Notwendigkeit einer Lohnaufbesserung der Bürstenmacher erkannte, erklärte dieses Jahr dem Organisationsvertreter, daß an eine Aufbesserung der Löhne nicht gedacht werden könnte und nannte die Bürstenmacher Faulenzer und Tagediebe, die nichts machen wollten; wer fleißig arbeite, verdiene auch bei ihm einen hohen Lohn. 15 bis 20 Mk. pro Woche bei zehnstündiger Arbeitszeit nennt dieser Freisinnsmann in dem teueren Frankfurt einen hohen Lohn. Wir wünschten nur, daß dieser Herr einmal in die Lage versetzt würde, mit 15 Mk. die Woche einen Haushalt zu führen, aber das hat er ja nicht notwendig, seine Bürstenmachergesellen sind ja so anspruchslos, sie arbeiten für einen recht niedrigen Lohn, damit Herrn Franz ein recht guter Verdienst gesichert wird. Im Punkt Behandlung hat der Herr Franz seinen Werkführer, dieser versteht es aus dem ff., die Leute zu schikanieren und anzutreiben, und wer einmal gegen den Stachel lökt, der fliegt hinaus. Das aber solche Verhältnisse noch bestehen können, liegt ausschließlich an den Kollegen. Die Organisation ist ihnen Nebensache, und es wird höchste Zeit, daß die Kollegen ihre Schlafmütze abziehen. Vor allen Dingen ist es aber notwendig, daß die auswärtigen Kollegen sich diese beiden Firmen etwas merken und sie nicht allzusehr belästigen, denn nur durch Vorenthaltung von Arbeitskräften können sie gezwungen werden, höhere Löhne zu zahlen.

Freiburg i. B. Nach unserem Tarif sollte am 1. Oktober eine Lohnerhöhung um 2 Pf. pro Stunde eintreten. Da nun auch hier die Krise immer stärker fühlbarer wird, glaubte die Schreinerinnung versuchen zu können, den Tarif zu umgehen. Sie wandte sich mit einem diesbezüglichen Antrag an die größeren Geschäfte, welche der Zwangsinnung nicht angehören. In einer Sitzung wurde uns dann unter allen möglichen und unmöglichen Klagen die Bitte um Hinausschiebung der Lohnerhöhung bis 1. März 1909 vorgebracht. In einer darauf folgenden gemeinsamen Mitgliederversammlung unseres und des christlichen Verbandes wurde jedoch das Ansinnen der Meister einstimmig abgelehnt. Die 2 Pfennige wurden dann auch in allen Geschäften bezahlt, nur einige Kleinmeister drücken sich, die nach ihrer Ansicht keine Arbeiter bekommen, die den Lohn verdienen. Die ganze Zeit geht nun die Schimpferei in den Werkstätten und Wirtschaften über die Arbeiter fort; aber auch diesen Herren werden wir zeigen, daß der Tarif auch in schlechten Zeiten eingehalten werden muß. Es liegt aber sehr viel an den Kollegen, um bessere Verhältnisse zu schaffen; bei dem schlechten Geschäftsgang müssen die Kollegen fest zur Organisation stehen, die Versammlungen müssen besser besucht werden, die Interesselosigkeit muß aufhören, da nur mit bewußten und geschulten Kollegen das Ziel erreicht werden kann. Jeder muß mithelfen, die Zahlstelle nach innen und außen zu stärken. Den Kollegen sei an dieser Stelle auch mitgeteilt, daß am 12. November, abends 8 Uhr, im Feierlingssaale eine öffentliche Holzarbeiterversammlung stattfindet, in welcher Kollege Seybolt aus Dresden referieren wird. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, diese Versammlung zu besuchen und in den Werkstätten zu agitieren, damit auch die Indifferenten in die Versammlung gebracht werden. Auf, Kollegen, damit es besser wird in Freiburg!

Furtwangen. Schon seit längerer Zeit läßt der Versammlungsbesuch viel zu wünschen übrig, obgleich die Verwaltung glaubt, in allen Teilen ihre Pflicht zu erfüllen. Speziell von der Badischen Uhrenfabrik finden es die meisten Kollegen nicht der Mühe wert, die Versammlung zu besuchen, und doch sollte man glauben, der gedrückte Geschäftsgang in genannter Fabrik sollte ein Ansporn sein, sich für die Organisation zu interessieren. Die Gleichgültigkeit und Lauheit der Kollegen kann sich bitter rächen. Aber auch die Kollegen in den anderen Geschäften sind sich nicht immer ihrer Pflicht bewußt; statt in die Versammlung zu kommen, ziehen es viele vor, sich in anderen Wirtschaften die Zeit mit Kartenspiel zu vertreiben. Das Zahlen der Beiträge allein genügt aber nicht; jeder muß mit Eifer und Interesse am Verbandsleben teilnehmen, wenn unsere Organisation ihre Aufgabe erfüllen soll. Häufig hört man als Entschuldigung für das Fernbleiben sagen, die Versammlungen dauern zu lange. Dem ließe sich abhelfen, wenn sich die Kollegen daran gewöhnen wollten, pünktlich zu erscheinen. Kollegen, glaubt Ihr, Euch durch Eure Gleichgültigkeit die Achtung der Arbeitgeber zu verschaffen? Nur eine gut disziplinierte und ihrer Rechte sich bewußte Arbeiterschaft kann den Unternehmern Respekt abnötigen. Den Versammlungsschwänzern sei hierdurch mitgeteilt, daß Mitte November eine öffentliche Holzarbeiterversammlung stattfindet. Die Verwaltung erwartet, daß diesmal alle Kollegen erscheinen. Wir müssen versuchen, die Zahlstelle zum mindesten wieder auf die Höhe zu bringen, auf der sie schon war. Wenn jeder Kollege seine Pflicht tut, dann werden wir auch in Furtwangen Fortschritte erzielen. Also frisch auf, Kollegen, an die Arbeit! Erscheint Mann für Mann in der nächsten Versammlung.

Hainichen. Die Firma W. Ludwig, hier, welche Gramophonkästen baut, sucht seit der letzten Woche die Teilarbeit einzuführen. Zum Teil ist es ihr durch die Saumseligkeit einiger Kollegen gelungen. Dieselben ziehen den momentanen Vorteil, welcher aber auch noch nicht erwiesen ist, vor. Es muß doch jedem einleuchten, daß die Firma nur ein billigeres Arbeiten bezweckt, da nach Ausspruch eines Angestellten die gelernten Tischler nach Durchführung des Planes überflüssig sein werden. Letzteres ist bestimmt zu erwarten; wenn Ihr Kollegen den Betrieb werdet eingerichtet haben, dann könnt Ihr gehen, und ungelernte Arbeiter werden Eure Plätze besetzen, was die Firma schon lange im Schilde führt. Dann kann Meister Hofmann seine Manieren so recht anbringen, was ihm jetzt manchmal nicht gelingt. Kollegen, seid einig, noch ist es Zeit, weist die Teilarbeit ganz energisch zurück, nur dadurch könnt Ihr Eure Rechte wahren.

Mülhausen i. Els. Im verflossenen Frühjahr vereinbarten die organisierten Holzarbeiter Mülhausens mit den Unternehmern des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe einen Tarifvertrag, in welchem eine diesjährige Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde und vom 1. April 1909 *ab eine solche von 3 Pf. pro Stunde vorgesehen ist.* Als der Tarifvertrag der Bauschreiner in Kraft getreten war, wollten auch die Möbelschreiner von ihren Meistern ein gleiches Zugeständnis erzwingen, was auch bei den meisten Unternehmern der Möbelindustrie ohne Schwierigkeiten durchzusetzen war. Nur Herr E. Hirler, Inhaber der „Mülhauser Möbelfabrik", machte hiervon eine Ausnahme, er will auf keine Vereinbarung eingehen und auch nicht nach dem hier gültigen Lohntarif bezahlen, trotzdem er in auswärtigen Zeitungen Arbeiter zu höheren als im Vertrag vorgesehenen Stundenlöhnen gesucht hat. Obwohl Herr Hirler früher erklärt hat, daß er gegen die Organisation der Arbeiter nichts einzuwenden habe, will er jetzt die Organisation nicht mehr anerkennen und sich als Scharfmacher gegen die organisierten Arbeiter betätigen. Ueberhaupt scheint Herr Hirler ein besonderes Vergnügen daran zu finden, die alten organisierten Arbeiter gerade jetzt, wo der Winter mit voller Macht einsetzt, aufs Pflaster zu werfen, wofür er uns ja bis jetzt schon fünf Beispiele geliefert hat. Während früher der Betrieb als Musterbetrieb angesehen werden konnte, kann er jetzt als Taubenschlag betrachtet werden, denn die alten Arbeiter, welche schon jahrelang in dem Betrieb beschäftigt waren, werden so nach und nach wegen Zugehörigkeit zur Organisation hinausgejagt und durch junge unorganisierte von auswärts ersetzt. In dem Betriebe führt übrigens nicht Herr Hirler, sondern seine Frau das Oberkommando, und sie verfährt mit den Arbeitern in unglimpflichster Weise. Zum Ueberfluß hat Herr Hirler noch einen Geschäftsführer, welcher die Arbeiter in gemeinster Weise schikaniert. — Kollegen, merkt Euch diese Mißstände und schließt Euch bis zum letzten Mann Eurer Berufsorganisation, dem Deutschen Holzarbeiterverband, an, denn nur durch eine starke Organisation kann solchen Mißständen abgeholfen werden.

Nakel. Am 25. Oktober fand hier eine außerordentliche Versammlung statt, die sich mit der Erhöhung des Lokalbeitrages beschäftigte. Hinsichtlich der Lohnbewegung teilte der Vorsitzende mit, daß der Tarif an die Meister versandt wurde, bisher aber keine Antwort eingegangen ist. Es scheint demnach, daß die Meister unsere Forderungen unbeachtet lassen wollen. So ganz leicht wird ihnen aber das nicht werden. Bisher sind schon fünf Kollegen abgereist, so daß nur noch achtzehn organisierte Kollegen am Orte sind. Außerdem sind noch sechs Unorganisierte hier. Wenn die Kollegen fest zusammenhalten, wird ihnen der Erfolg nicht ausbleiben. Jedenfalls bitten wir, den Zuzug nach hier fernzuhalten. Ferner bemerken wir, daß wir genötigt waren, das Lokal zu wechseln, weil unser seitheriger Vereinswirt Haupt sich weigert, sein Lokal ferner den Arbeitern zur Verfügung zu stellen. Unsere Versammlungen finden nunmehr alle vierzehn Tage statt, und zwar Sonntags, nachmittags 2 Uhr, bei Herrn Zelinski.

Schönheide. In seiner Eigenschaft als Prozeßbevollmächtigter des Herrn Bürstenfabrikanten H. Heilmann in Schönheide verlangt der Justizrat Landrock in Eibenstock, gestützt auf § 11 des Preßgesetzes, den Abdruck einer Berichtigung, die er uns zusendet. Dieses Verlangen ist ebenso unhöflich wie unbegründet, denn der Brief des Herrn Justizrats entspricht durchaus nicht den Anforderungen des angezogenen Paragraphen. Nichtsdestoweniger wollen wir mitteilen, daß Justizrat Landrock auf die Korrespondenz aus Schönheide in Nr. 37 der „Holzarbeiterzeitung" Bezug nimmt und behauptet, daß für die Entlassung wegen der Weigerung, den Abort zu scheuern, nicht zwei, sondern nur ein Arbeiter in Frage käme. Dieser eine hätte die Firma auf die Zahlung des vierzehntägigen Lohnes verklagt und in der Verhandlung vor dem Amtsgericht zu Protokoll erklärt, daß die Frage des Abortscheuerns in keiner Weise die Veranlassung zu seiner Entlassung gewesen sei.

Schweidnitz. Die im vorigen Vierteljahr aufgenommene *Statistik über die Lage der Holzarbeiter am hiesigen Ort* hat ergeben, daß von zirka 420 beschäftigten Kollegen nur etwa 250 organisiert sind; es ist also noch ein gutes Stück Organisationsarbeit zu leisten. Darum, Kollegen, versäumen wir nicht, im kommenden Winter zu agitieren, bis auch der letzte Mann sich der Organisation angeschlossen hat, denn nur durch ein gutes Organisationsverhältnis wird es uns möglich sein, bei besserem Geschäftsgange wieder einen Schritt nach vorwärts zu kommen. In einzelnen Werkstätten wird noch 60 bis 64 Stunden pro Woche gearbeitet, und dabei sind Löhne von 20 bis 25 Pf. pro Stunde keine Seltenheit, was bei den teueren Verhältnissen gerade am hiesigen Orte kaum zu dem Allernotwendigsten ausreicht. Darum tue ein jeder in der Agitationsarbeit seine Pflicht und Schuldigkeit, damit es auch am hiesigen Orte wieder vorwärts geht. Lassen wir uns durch die Krise nicht abschrecken, denn es kommen auch wieder bessere Zeiten, wo die Unternehmer uns wieder notwendig gebrauchen und nicht bei jeder Gelegenheit mit Maßregelung oder Entlassung bei der Hand sein werden. Dem Artikelschreiber in der „Eiche" wollen wir zum Schluß noch mitteilen, daß uns sein Geschreibsel durchaus nicht stört, sondern im höchsten Falle nur ein Lächeln abnötigt. Vor zwei bis drei Jahren wurde der Gewerkverein von ihm noch mit Schimpf überhäuft, jetzt dreht er den Spieß um und denkt uns totschreiben zu können, aber er wird sich die Zähne dabei ausbeißen, und nützen wird's doch nichts. Wir gehen unseren Weg geradeaus und kümmern uns um derartige Kläffer nicht. Biedermann.

Stockholm. (Korbmacher.) Es wird den deutschen Kollegen wohl noch in Erinnerung sein, daß die Kollegen hier in diesem Frühjahr in einer Lohnbewegung standen, welche ohne Arbeitsniederlegung zu unseren Gunsten abgelaufen ist. Die Forderungen waren im allgemeinen nicht bedeutende, was daraus hervorgeht, daß ein mittlerer Arbeiter bei 56 Stunden Arbeitszeit einen Durchschnittslohn von 27 Kronen verdient. Wie wenig das aber ist im Verhältnis zu den hiesigen Lebensmittelpreisen, zeigen die nachstehenden Angaben. So bezahlt man z. B. für eine Wohnung aus einer Stube und Küche 400 Kronen im Jahr, und die Steuern betragen bei einem Einkommen von 1400 Kronen als Ausländer 80 Kronen. In ähnlichem Verhältnis sind die Preise aller übrigen Lebensbedürfnisse. Es hat schon so mancher deutscher Kollege sein Glück hier versucht, aber der größte Teil war immer froh, wenn er konnte Stockholm den Rücken kehren. Da nun auch die Firma Wahlström ihren Betrieb aufgegeben hat, so kommt außer einigen Kleinmeistern nur noch die Firma Böttger in Betracht, deren Betrieb vollbesetzt ist, zumal da sich auch hier wie in Deutschland die Geschäftsflaue sehr bemerkbar macht. Es ist den Kollegen zu empfehlen, um unnötige Kosten zu vermeiden, vor Arbeitsannahme, eventuell auch um Auskunft über den einzelnen Unternehmer einzuholen, sich an J. A. Carlsson, Karlavägen 52, 3 Tr., zu wenden.

Unsere Lohnbewegung.

In Guben dauert der Abwehrstreik der Korbmacher unverändert fort. Am 2. November ist wieder ein Kollege zu den Streikenden hinzugekommen, weil ihm der Meister auch Lohnabzüge gemacht hat. Im Streik befinden sich noch zehn Kollegen. Zuzug ist fernzuhalten!

In Hof ist die Aussperrung der Schreiner nach 21wöchentlicher Dauer beendet. Nach mehreren Unterhandlungen mit der Zentrale des Schutzverbandes in Nürnberg und dem Bezirksverband in Hof kam es am 26. Oktober zum Abschluß eines Tarifvertrages, der den Frieden bis zum 1. März 1911 sichert. Innerhalb der Vertragsdauer wurden 3 Pf. Lohnerhöhung, eine Stunde Arbeitszeitverkürzung sowie noch andere Verbesserungen gewährt. Haben wir auch nicht alles erreicht, was gefordert wurde, so bedeutet dieser Vertrag doch einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem alten. Daß aber wegen dieser Zugeständnisse erst so lange gekämpft werden mußte, daran sind diejenigen schuld, die ihr Versprechen, mit hinauszugehen, nicht gehalten haben, und die anderen, die zum Verräter an ihren Arbeitsbrüdern geworden sind. Wären diese Elemente nicht gewesen, dann hätten die Meister unmöglich so lange aushalten können. Anstatt mitzuhelfen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, erleichterten sie durch ihr Vorgehen den Unternehmern den Kampf, legten sich selbst und ihren kämpfenden Kollegen schwere Opfer und Entbehrungen auf. Aber auch diesen Elementen wird der bekannte Fußtritt nicht ausbleiben, und zu spät werden sie den Fehler erkennen, den sie gemacht haben. Für unsere Kollegen muß es jetzt die Hauptaufgabe sein, die Zahlstelle so zu stärken, daß sie stets gerüstet ist, um einen derartigen Kampf von vornherein unmöglich zu machen. Deshalb mit neuem Mut an die Aufklärungsarbeit, besonders bei den Jüngeren; nicht eher dürfen wir uns zufriedengeben, bis der letzte Schreiner zu uns gehört.

In Oeynhausen versucht es der sich durch besondere Frömmigkeit auszeichnende Chef der Möbelfabrik Droste u. Ottensmeier *die schlechte Konjunktur auszunutzen, um erhebliche* Lohnabzüge zu machen. Am 24. Oktober wurde die Fabrikkommission ins Kontor gerufen und von Herrn Droste in folgender Weise angeredet: „Ich verhandele nicht mehr mit Euch, Ihr seid von heute ab ungültig. Ich habe selbst einen neuen Tarif ausgearbeitet und werde denselben neben dem alten aushängen lassen. Der neue tritt am Montag in vierzehn Tagen in Kraft, und wer nicht dafür arbeiten will, kann ja kündigen oder seine Wege gehen. Dann kann ich nicht mehr 4 Mk. Tagelohn bezahlen, sondern nur noch 3,75 Mk." Der fromme Mann hat im neuen Tarif die Akkordsätze um 10 bis zu 20 Proz. für jedes einzelne Stück herabgesetzt. Zum Beispiel für einen modernen Kleiderschrank sonst 5,90 Mk. jetzt 4,90 Mk. usw. an jedem einzelnen Stück, was einen Lohnausfall für jeden Tischler in vierzehn Tagen von 7 bis 10 Mk. bedeutet; dazu ist der Stundenlohn von 40 Pf. auf 37½ Pf. reduziert. Die Mehrzahl der Kollegen sind im Christlichen Holzarbeiterverband organisiert und bleibt nur abzuwarten, wie sie sich mit Herrn Droste abfinden werden. Unsere Verbandsmitglieder sind angewiesen, auf keinen Fall diese Art Sparsamkeit an sich ausprobieren zu lassen. Ueber die Fabrik ist die Sperre verhängt. Die reisenden Kollegen werden gebeten, dies zu beachten.

Aus der Holzindustrie.

Einen faulen Zeugen

hat sich die „Fachzeitung" in ihrer Polemik gegen uns in Sachen der Berliner Innungskrankenkasse ausgesucht. Sie zitiert ein Urteil, welches die Handelskammer zu Dortmund über die „Grundzüge zur Reform der Arbeiterversicherung" abgegeben hat, und glaubt damit beweisen zu können, daß die Klagen über die „Mißwirtschaft" in den von den „Genossen" beherrschten Krankenkassen ganz allgemein seien. Daß sich die „Fachzeitung" ausgerechnet die Dortmunder Handelskammer als Kronzeugen wählt, ist charakteristisch für das Organ der Berliner Tischlermeister, denn gerade von dieser Körperschaft ist es notorisch, daß in ihr die ärgsten Scharfmacher dominieren.

In einem Gutachten der Dortmunder Handelskammer ist es nicht verwunderlich, Behauptungen zu begegnen wie der folgenden: „Bekannt ist die sozialdemokratische Mißwirtschaft in einer Reihe von Krankenkassen; bekannt ist, daß die Sozialdemokratie Beamtenstellen in den Krankenkassen als Belohnung für tüchtiges Verhalten in der Partei, oft geradezu als Sinekuren vergibt." Diese Verleumdungen wären am besten gekennzeichnet durch die im gleichen Stile gehaltene Erklärung: „Bekannt ist es, daß es Personen und Körperschaften vom Schlage der Dortmunder Handelskammer ungeheuer schwer fällt, in Arbeiterfragen die Objektivität zu wahren." Für Leute, die es gewohnt sind, die Dinge ruhig zu betrachten, kann es nämlich keinen Zweifel unterliegen, daß die Handelskammer hier Behauptungen aufstellt, die zu beweisen ihr ungeheuer schwer fallen dürfte. Das hätte auch die „Fachzeitung" wissen können, aber die Aeußerung der Dortmunder Handelskammer paßt ihr vortrefflich in den Kram, und so wird sie mit Vergnügen zitiert als Beweis dafür, wie berechtigt der Haß ist, mit welchem die Hintermänner der „Fachzeitung" die Arbeiter in der Verwaltung der Krankenkasse verfolgen.

Aber die „Fachzeitung" hat Pech. Zur selben Zeit etwa, als sie ihre Notiz in Druck gab, fand die Konferenz von Vertretern der Krankenkassen im Reichsamt des Innern statt, die sich mit der Reform des Krankenversicherungsgesetzes beschäftigte. Bei der Erörterung des Planes, die Kassenbeiträge von den Arbeitern und Unternehmern in gleichen Teilen zu erheben, für welchen sich die Vertreter der Betriebs- und Innungskassen ausgesprochen hatten, weil sie auf diesem Wege zu einem größeren Einfluß auf die Kassen zu gelangen hoffen, erlebten die Scharfmacher eine arge Enttäuschung. Die Vertreter der Arbeitgeber in den Ortskrankenkassen, auf welch letztere sich ja das von der „Fachzeitung" mit so viel Behagen zitierte Geschwätz der Dortmunder Handelskammer in erster Linie beziehen mußte, traten dem Plan entschieden entgegen. Sie erklärten, daß in den Ortskrankenkassen keine Parteipolitik getrieben würde, daß sie (die Arbeitgeber) sich auch nicht majorisiert fühlen, sondern friedlich und einträchtig mit den Arbeitern zusammenarbeiten. Die Frage, ob ein unparteiischer Vorsitzender einzusetzen ist, wurde dann fast einstimmig verneint. Ob dieses Resultats war der Vorsitzende der Konferenz, der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg, nicht wenig erstaunt, und er gab auch unverhohlen zu, daß er ein solches Resultat nicht erwartet hatte. Auch für die „Fachzeitung" dürfte dieses Ergebnis der Konferenz eine schwere Enttäuschung bedeuten, und wir wollen nicht verfehlen, ihr unser herzlichstes Beileid auszusprechen.

Mit Entrüstung hat die „Fachzeitung" unsere Andeutung zurückgewiesen, als ob das Vorgehen der Innungsmeister in der Berliner Innungskasse mit auf den Wunsch zurückzuführen sei, Personen, die sich um die Innung verdient gemacht haben, in Stellung zu bringen. Dabei besitzt sie die edle Dreistigkeit, in demselben Artikel der Ansicht unverhohlen Ausdruck zu geben, als ob für die Arbeiter die Erhaltung der Beamtenposten das ausschlaggebende Moment bei der Beurteilung der Frage sei, ob die Innungskasse fortbestehen soll. Sollte den Unternehmern die Drohung mit der Auflösung der Kasse schon wieder leid sein? Wir können nur wiederholen, daß sie sich der Zustimmung der Arbeiter zu einem solchen Beschluß versichert halten können. Und gerade die Haltung der Arbeiterschaft in dieser Frage könnte ihr als Beweis dafür dienen, wie grundlos die Verdächtigung ist, als ob die Arbeiter ihre Mitarbeit in den Krankenkassen hauptsächlich von dem Gesichtspunkt betrachten, daß ihnen so Gelegenheit geboten ist, Beamtenstellen als Sinekuren zu verteilen.

In dieser Beziehung dürfte die erwähnte Konferenz die Erwartungen der Scharfmacher ebenfalls schwer enttäuscht haben. Von dem angeblich in Hülle und Fülle vorhandenen Material über den Mißbrauch des Anstellungsrechtes der sozialdemokratischen Vorstandsmitglieder der Krankenkassen war nichts zu spüren, und die Mehrzahl der Redner, die sich zur Frage der Regelung der Verhältnisse der Kassenbeamten äußerten, sprach sich gegen eine gesetzliche Regelung aus, vielmehr soll dies, wie seither, der freien Vereinbarung zwischen den Kassenvorständen und Beamten überlassen bleiben. — Die „Fachzeitung" war recht schlecht beraten, als sie den gegenwärtigen Zeitpunkt wählte, um in Sachen der Berliner Innungskrankenkasse mit uns zu polemisieren, und vollends verfehlt war es von ihr, sich auf das Zeugnis der Dortmunder Handelskammer zu beziehen. Hoffentlich hat der Reinfall, den sie damit erlebt, die gute Wirkung, daß sie künftig bei der Auswahl ihrer Zeugen vorsichtiger ist.

Die Aktiengesellschaft für Bürstenindustrie in Striegau hat im letzten Geschäftsjahr ein minder gutes Ergebnis geliefert als im vorausgegangenen. Der Geschäftsbericht sagt darüber: „Von Oktober 1907 anfangend, hat der Absatz unserer Fabrikate sowohl im Inlande als nach dem Auslande nachgelassen, und darin ist bis zum Schlusse des Geschäftsjahres keine Aenderung eingetreten. Wir haben trotzdem in allen Betrieben voll gearbeitet und keine Arbeiterentlassungen vorgenommen, was allerdings zur Folge hatte, daß sich unser Lager in fertiger Ware um zirka 100 000 Mk. vergrößerte und das Erträgnis sich dementsprechend reduziert hat." Der Betriebsgewinn betrug 475 704 Mk. gegen 518 283 Mk. im Vorjahre. Die Handlungsunkosten erforderten 119 430 Mk. (107 512 Mk.), die Abschreibungen 55 978 Mk. (60 773 Mk.). Der Reingewinn beträgt einschließlich 29 494 Mk. (22 708 Mk.), Vortrag 218 773 Mk. (251 209 Mk.). Daraus sollen 9 Proz. Dividende gegen 10 Proz. im Vorjahre zur Verteilung gelangen und 27 610 Mk. (29 494 Mk.) auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Vereinigte Pinselfabriken in Nürnberg. Die Gesellschaft erzielte laut Geschäftsbericht im Jahre 1907/08 eine Fabrikationseinnahme von 1 351 951 Mk. (1 362 069). An Mieten und Zinsen wurden 84 766 Mk. (80 889) vereinnahmt. Die Unkosten betrugen 505 034 Mk. (499 374). Die Abschreibungen sind von 156 269 Mk. auf 59 782 Mk. reduziert worden. Es verbleibt ein Reingewinn von 925 012 Mk. (848 674). Daraus sollen 50 000 Mk. (wie im Vorjahre) dem außerordentlichen Reservefonds, 125 000 Mark dem Spezialreservefonds, der im Vorjahre 50 000 Mark erhielt, zugeführt, 15 Proz. = 562 000 Mk. (wie im Vorjahre) Dividende verteilt, 103 480 Mk. (103 562) Tantiemen und Gratifikationen gewährt und 84 032 Mk. (82 611) auf neue Rechnung vorgetragen werden. Für das neue Geschäftsjahr glaubt die Verwaltung ein gleich befriedigendes Resultat wie bisher erwarten zu dürfen.

Gewerkschaftliches.

Die tapferen Christen.

n. Wie die Leser wissen, haben sich die christlichen Gewerkschaftsführer von Deutschland und den benachbarten Ländern vor einigen Monaten in Zürich getroffen, um dort eine „christliche Internationale" ins Werk zu setzen. Die Verhandlungen gewannen ein besonderes Interesse durch die Aussprache der deutschen Gewerkschaftsführer, die auf wirtschaftlichem Gebiete dem Grundsatz der Interkonfessionalität huldigen, mit ihren holländischen Kollegen, die die konfessionelle Absonderung auch in wirtschaftlichen Fragen predigen, also für katholische Gewerkschaften eintreten. Zürich liegt nun weit ab von M.-Gladbach, und da die Herren Schiffer, Wieber, Stegerwald usw. außerdem glaubten, daß über die Verhandlungen nichts nach außen dringe, so glaubten sie schon mal ein Wort riskieren und etwas freier reden zu dürfen, als ihnen daheim, in der Nähe von M.-Gladbach und unter den Augen der hochwürdigen und hochwürdigsten Herren der Kirche, angebracht erschien. Herr Schiffer rief daher in Zürich den Bischöfen, die den christlichen Gewerkschaften wegen ihrer Interkonfessionalität nicht hold sind, sein bekanntes: „Bis hierher und nicht weiter!" zu, und seine Kollegen stießen wacker mit ins aufrührerische Horn, indem sie den Bischöfen kurz und bündig das Recht bestritten, in die wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter, in ihre Gewerkschaftsbestrebungen, hineinzureden — was alles sehr mannhaft klang und worauf sich die tapferen Herren aus Deutschlands Gauen nicht wenig einbildeten.

Wider ihren Willen drang nun aber doch von ihren Worten und Taten im Schweizerlande etwas über die Grenze hinüber; die Zentrumsblätter brachten einen Bericht über die Züricher Verhandlungen, mit besonderer Hervorhebung der Schiffer-Wieber-Stegerwaldschen Trutzworte. Im Lager der Frommen Deutschlands war man starr über solches Reden; in Trier, in Neiße und überall da, wo unter bischöflichem Schutze die Fachabteilungen blühen, schrie man über die Kirchenschänder, die Glaubensfeinde, die es gewagt hatten, die bischöfliche Autorität anzugreifen, und höhnend wies man hin auf die Folgen der Interkonfessionalität, die zu solchen Dingen führe. Der „Arbeiter", das Blatt der Berliner, riet den katholischen Arbeitern, sich loszusagen von solchen Führern, und die Apostel der Fachabteilungen stellten ein Machtwort der Bischöfe, eine reinliche Scheidung zwischen den interkonfessionellen Böcken und den katholischen braven Schafen in sichere Aussicht.

Da schlug den christlichen Gewerkschaftsführern das Herz. Sie vertragen von ihren Klassengenossen schon mal den Vorwurf des Arbeiterverrats, aber sie vertragen es nun und nimmer, daß sie schlechte Christen seien, daß sie an die Autorität der hohen Geistlichkeit zweifeln. Es wurden deshalb zunächst in Köln, dann auch anderswo Versammlungen abgehalten, worin der mangelhaften Berichterstattung über die Züricher Verhandlungen die Schuld an dem „Mißverhältnis" zugeschoben wurde; die Zeitungen hätten einzelne Sätze aus den Reden der deutschen Gewerkschaftsführer wiedergegeben, die im Zusammenhange einen ganz anderen Sinn gehabt hätten; im übrigen sei das ganze Treiben gegen die christlichen Gewerkschaften auf den Haß und die Mißgunst der Berliner zurückzuführen, die bestrebt seien, aus dem Vorfall Kapital für ihre Fachabteilungen zu schlagen. Den Berlinern wurde bei dieser Gelegenheit allerhand Schlechtes nachgesagt, über ihren Terrorismus geklagt usw. Der Abgeordnete Giesberts teilte in einer Versammlung in Hagen einen Fall mit, wo einem katholischen Arbeiter im Saargebiet die Absolution verweigert worden war, weil er der christlichen Gewerkschaft angehörte.

Halb hatten also die christlichen Gewerkschaftsführer die Stellung, die sie in Zürich eingenommen, schon wieder preisgegeben. Man redete sich auf das bekannte „Mißverständnis" hinaus, und wenn man auch die berichteten Worte nicht ableugnete, so sollten sie doch nicht so schlimm gemeint gewesen sein. Aber es kam noch besser. Die Mitteilung des Abgeordneten Giesberts von dem Beichtstuhlfall im Saargebiet rief die Ueberfrommen, die für die Verwendbarkeit derartiger Fälle einen guten Riecher haben, wieder auf den Plan. Man denke aber auch: ein Katholik, ein christlicher Arbeiterführer, ein ultramontaner Abgeordneter zieht die Geheimnisse des Beichtstuhls in die Oeffentlichkeit einer Versammlung. Unerhört, nie dagewesen, himmelschreiend — so klang es im Chorus aus der Zentrumspresse an der Saar und an der Oder. In Trier mußte sich Herr Giesberts von einem katholischen Arbeitersekretär gar sagen lassen, daß er durch seine Rede in Hagen „vor einem protestantischen Publikum das Beichtsakrament a la Graßmann herabgewürdigt und in den Kot gezogen" habe.

So etwas verträgt kein katholisches Christenherz. Herr Giesberts erließ in der „Trierschen Landeszeitung" eine Erklärung, wonach es ihm durchaus ferngelegen habe, das Beichtinstitut der katholischen Kirche anzugreifen oder herabzuwürdigen; gern gebe er seinem Bedauern Ausdruck, daß er im Eifer der Polemik unangebrachterweise in einer öffentlichen Versammlung Dinge erörterte, deren völlige Klärung mangels Zeugen und Richter unmöglich sei. Zum Schluß bedauert Giesberts „aufrichtig", wenn seine Rede in Hagen die Deutung zulassen sollte, als ob er die katholische Geistlichkeit, die den Standpunkt der Berliner Fachabteilungen vertrete, schlechthin und allgemein habe angreifen wollen.

Wer die ultramontane Partei-, die katholische Arbeiter- und die christliche Gewerkschaftspresse kennt, der weiß, mit welchem Spürsinn diese Blätter hinter jedem Falle her sind, der sich als „sozialdemokratischer Terrorismus" ausstaffieren läßt — wobei es den biederen Streitern für Wahrheit und Recht gar nicht auf ein bißchen viel Uebertreibung und Schwindel ankommt. In diesem Verfahren, dafür kennen wir unsere christlichen Pappenheimer, werden sie auch für die Zukunft nicht nachlassen. Aber ein katholischer Geistlicher mag in Zukunft vom Beichtstuhl aus Terrorismus üben, wie und wann er will, im christlichen Lager wird sich nichts dagegen rühren, auch dann nicht, wenn der hochwürdige Beichtvater die Schreckmittel der Hölle gegen katholische Arbeiter in Bewegung setzt, deren Verbrechen darin besteht, daß sie einer christlichen Gewerkschaft angehören. Herr Giesberts wird keinen solcher Fälle mehr öffentlich rügen, der Terrorismus im Beichtstuhl ist ihm so heilig wie das Beichtsakrament selber. Er und seine christlichen Mitstreiter kennen in Zukunft nur noch den „Terrorismus", der von Sozialdemokraten gegen die armen Christlichen geübt wird, und in dessen Aufdeckung werden sie von nun ab um so mehr Eifer entwickeln, als sie ja gelobt haben, den Beichtstuhlterrorismus als eine geheiligte Institution mit der einem Christenmenschen gebotenen Achtung zu behandeln.

Gleich mutvoll wie Herr Giesberts hat sich Herr Schiffer benommen, der in Zürich den Bischöfen das Wort entgegenrief: „Bis hierher und nicht weiter!" Er veröffentlicht in der „Katholischen Volkszeitung" eine Erklärung, aus der wir zunächst erfahren, daß bereits „bei einem Teil der hochwürdigsten Herren Bischöfe, z. B. bei dem Kardinal Dr. Fischer in Köln und beim Erzbischof von Utrecht, eine angemessene Entschuldigung erfolgt" ist. Dann versichert Herr Schiffer, daß er bereits in mehreren großen Versammlungen nach der Züricher Tagung anstandslos die in der Form zu weit gehenden Aeußerungen einiger Redner und auch die eigene scharfe Bemerkung bedauert habe. Endlich läßt uns Herr Schiffer wissen, daß die betreffende Debatte in Zürich „nur für den internen Kreis der Versammelten, durchaus nicht für die breite Oeffentlichkeit bestimmt" war, worauf dann das interessante Bekenntnis folgt: „Hätte ich eine Ahnung von dieser Art der Verbreitung der Diskussion gehabt, so würde die Debatte bestimmt in anderen Formen gehalten worden sein. Die Veröffentlichung ist ohne meine Kenntnis und gegen meinen Wunsch erfolgt."

Herr Schiffer hofft zum Schluß, „daß endlich die ungerechte Würdigung des an sich bedauerlichen Züricher Zwischenfalles ein Ende nimmt". Diese Hoffnung wollen wir Herrn Schiffer nicht rauben. Dagegen wollen wir das möglichste zu einer gerechten Würdigung der Züricher Vorgänge beitragen. Und diese besteht in dem Hinweis darauf, daß die christlichen Führer jenseits der Landesgrenzen und im Vertrauen auf die Verschwiegenheit der Beteiligten stolz ihr Prinzip auch gegen die Bischöfe verteidigen, daß sie aber zusammenklappen, wenn sie wieder in den Bannkreis der bischöflichen Autorität zurückgekehrt sind; daß sie weiter zwar das Koalitionsrecht mit allen Backen preisen, aber demütig zusehen, wenn ein Geistlicher vom Beichtstuhl aus es unternimmt, dem katholischen Arbeiter mit Höllenstrafen die Zugehörigkeit zu einer christlichen Organisation zu verleiden.

Wir werden darauf bedacht sein, diese Tatsachen in der Erinnerung der Arbeiter festzuhalten, um die tapferen Herren Giesberts, Schiffer und Genossen, die das Arbeiterinteresse der geistlichen Autorität opfern, in ihrer ganzen Gemeinschädlichkeit erkennen zu lassen.

Den lieben Hirschen müssen alle Dinge zum besten dienen. Der „Gewerkverein", das Zentralorgan der Hirsche, druckt in seiner Nummer 85 eine Notiz aus den „Münchener Neuesten Nachrichten" ab, in welcher darüber geklagt wird, daß an ein Mitglied des Bauhilfsarbeiterverbandes, welches 7 Wochen krank war, das Ansinnen gestellt wurde, die 7 Beitragsmarken nachzukleben oder sich seine Krankheit ärztlich bescheinigen zu lassen. Aus eigenem fügt das Hirschenblatt der Notiz folgende Bemerkung hinzu: „Jeder verdient die Behandlung, die er sich gefallen läßt. Wenn „zielbewußte Genossen" sich so etwas bieten lassen, uns kann es recht sein. Unverständlich ist es nur, wie man gegenüber einem Arbeiter, der wochenlang krank gewesen ist, so rigoros vorgehen kann."

Dieses schwache Begriffsvermögen des „Gewerkvereins" läßt darauf schließen, daß entweder bei den Hirschen eine recht laxe Kassenführung üblich ist, oder daß die Redaktion dieses Aucharbeiterblattes mit Vergnügen jede Nachricht aufgreift, die geeignet ist, die Arbeiterorganisationen zu schädigen, ohne sich die Mühe zu nehmen, über die wirklichen Zusammenhänge der Dinge ein wenig nachzudenken. Im vorliegenden Fall ist es übrigens für jeden, der einige Kenntnis von der gewerkschaftlichen Praxis hat, leicht, aus der gehässigen Notiz den wahren Sachverhalt herauszulesen. Im Bauhilfsarbeiterverband sind die Mitglieder während der Krankheit beitragsfrei, wenn sie sich bei der Ortsverwaltung melden. Das fragliche Mitglied hat diese Meldung unterlassen und es wurde ihm deshalb aufgegeben, den Nachweis zu erbringen, daß es die Zeit über krank war. Dieses Verlangen ist das selbstverständlichste Ding von der Welt, anderenfalls brauchten ja faule Zahler nur zu erklären, daß sie krank gewesen seien, um sich von der Beitragspflicht zu drücken. Die Beschaffung einer solchen Bescheinigung ist auch mit keinen Kosten verknüpft, da sie von der Krankenkasse oder dem Krankenhaus unentgeltlich ausgestellt wird.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Geschäfte in den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen, die ihren Mitgliedern während der Krankheit Beitragsfreiheit gewähren, in ähnlicher Weise gehandhabt werden. Deshalb sollte das Zentralorgan der Hirsche sich doppelt hüten, solchen Stänkernotizen Raum zu gewähren und sie mit Kommentaren im Stile der Scharfmacher zu versehen.

Ein Kartellvertrag ist zwischen den Verbänden der Brauer und der Müller abgeschlossen worden. Derselbe bezweckt eine tatkräftige gegenseitige Unterstützung bei der Agitation.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Die abgehackte Hand. Der Prozeß des Arbeiters Biewald gegen die Stadt Breslau auf Entschädigung für die ihm abgehackte Hand hat jetzt endlich seine Erledigung gefunden. Es dürfte noch in Erinnerung sein, daß es am 19. April 1906 in Breslau zu schweren Exzessen kam, die von der Polizei verursacht wurden. Aus jenem Anlaß war ein Polizist in ein Haus eingedrungen und hatte den Bierfüller Biewald, der nichtsahnend die Treppe zu seiner Wohnung hinaufstieg, mit einem Säbelhieb die linke Hand abgeschlagen. Merkwürdigerweise ist es damals der Polizei trotz aller Bemühungen nicht gelungen, den in ihren Reihen befindlichen Handabhacker ausfindig zu machen. Biewald strengte aber, da die Stadtverwaltung sich weigerte, seinen Rechtsanspruch auf Entschädigung anzuerkennen, einen Prozeß an. Das Landgericht Breslau hat dann den Anspruch Biewalds dem Grunde nach anerkannt und dieses Urteil wurde, da die Stadtverwaltung Revision einlegte, vom Reichsgericht bestätigt. Nunmehr hat das Landgericht auch in bezug auf die Höhe der Entschädigung ein Urteil gefällt. Biewald erhob Ansprüche auf eine einmalige Entschädigung von 5000 Mk. für den erlittenen immateriellen Schaden, Lohnentschädigung für acht im Krankenhause zugebrachte Wochen in Höhe von 168 Mk. und eine fortlaufende Rente von 219,75 Mk. für die ersten fünf Jahre nach dem Verlust der Hand und von da ab eine Rente von 307,50 Mk. pro Quartal und Ersatz aller entstehenden Reparaturkosten für die künstliche Hand, die er erhalten hat. Er berechnete dabei, daß seine Erwerbsfähigkeit durch den Verlust der Hand um 75 Proz. zurückgegangen sei und daß er, der erst 22 Jahre alt war, in fünf Jahren einen besseren Arbeitsverdienst gehabt haben würde als bisher.

Auf Veranlassung des beklagten Magistrats war Biewald vom Vertrauensarzt der Versicherungsanstalt Schlesien untersucht worden, der die Verminderung der Erwerbsfähigkeit für das erste Jahr auf 75 Proz. und für das zweite Jahr auf 60 Proz. schätzte; von da ab sollte die Verminderung der Erwerbsfähigkeit nur 50 Proz. betragen. Diesem Gutachten schloß sich das Gericht an. Die Stadt Breslau wurde verurteilt, an Biewald eine einmalige Entschädigung von 1500 Mk. zu zahlen. Für die acht Wochen Krankheit erhält er 142 Mk.; die Rente beträgt bis zum 31. Oktober 1906 pro Quartal 188,60 Mk., von da ab bis zum 15. Mai 1907 208,44 Mk., bis zum 15. Mai 1908 169,70 Mk., bis zum 15. April 1911 143,96 Mk. und von da ab bis zum Lebensende 137,25 Mk. pro Quartal. Die nötigen Reparaturen an der künstlichen Hand sind ihm zu vergüten. — Der Stadt Breslau ist die Heldentat des Polizisten recht teuer geworden. Hoffentlich gibt sie sich mit dem Urteil zufrieden, damit die Affäre ihr Ende erreicht, bei welcher die königliche Polizei keine Lorbeeren geerntet hat.

Literarisches.

Im Verlage von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland, von August Erdmann.** — Der erste Teil enthält: Die katholische Arbeiterbewegung, — der zweite: Die evangelische Arbeiterbewegung, — der dritte: Die christliche Gewerkschaftsbewegung, und der vierte Teil: Die christlichnationale Arbeiterbewegung. VIII und 720 Seiten Großoktav. Preis broschiert 9,— Mk., gebunden 10,50 Mk.

Der Verfasser schreibt unter anderem in der Vorrede:

„Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland ist keine so einfache und einheitliche Erscheinung wie die sozialistische Arbeiterbewegung. Bei dieser handelt es sich um zwei Organisationen: die Partei und die Gewerkschaft, beide durch die führenden Personen, durch die grundsätzliche Auffassung vom Wesen der Arbeiterbewegung, durch ihre Stellung zu den wirtschaftlichen und politischen Fragen eng und aller Voraussicht nach unlöslich miteinander verbunden. Die christliche Arbeiterbewegung dagegen ist ein schier unentwirrbares Gemisch von wirtschaftlichen, politischen und religiösen Bestrebungen, Parteiungen und Anschauungen. Es gibt da zunächst eine katholische und eine evangelische Arbeiterbewegung, dazu machen sich auf katholischer wie auf evangelischer Seite wieder verschiedene Strömungen und Richtungen geltend, die ihre Berechtigung aus der verschiedenen Auffassung in Glaubenssachen herleiten. Politisch steht die katholische Arbeiterbewegung zum Zentrum, wird innerhalb dieser Partei allerdings sehr verschieden gewertet; die evangelische Arbeiterbewegung neigt politisch nach allerhand Parteien, sie ist je nach örtlichen Umständen und persönlichen Einflüssen konservativ, nationalliberal, christlichsozial oder auch gleichgültig.

Es ist nun über jede dieser zahlreichen Erscheinungen im Bereiche der christlichen Arbeiterbewegung geschrieben worden, und Schilderungen all dieser einzelnen Organisationen und Bestrebungen in geschichtlicher, statistischer und agitatorischer Beziehung gibt es in reichlichem Maße. Was aber fehlt, ist eine **zusammenfassende Darstellung** aller der Erscheinungen, die der gesetzlichen Arbeiterbewegung zugerechnet werden — eine zusammenfassende Darstellung in dem Sinne, daß dem gemeinsamen Grunde und Antrieb dieser Erscheinungen nachgegangen, daß vor allen Dingen ihr Zusammenhang mit den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen aufgedeckt wird."

Der Verfasser — dem eine gründliche Fachkenntnis innewohnt — ist bemüht gewesen, eine solche zusammenfassende Darstellung zu geben, die durch eine reiche Materialiensammlung, Programme und anderes aufs ausgiebigste unterstützt wird. Das Werk ist außer für den Sozialpolitiker für jeden, der mit der Arbeiterbewegung in irgendeiner Beziehung steht oder darin tätig ist, unentbehrlich.

Ernst Preczang. Im Strom der Zeit. 168 Seiten. Preis gut kartoniert 1,50 Mk., elegant gebunden 2 Mk.

Dr. Hermann Duncker. Volkswirtschaftliche Grundbegriffe mit besonderer Berücksichtigung der ökonomischen Grundlehren von Karl Marx. Als Leitfaden für Unterrichtskurse. 60 Seiten. Preis gut geheftet 40 Pf.

Max Peters. Die weibliche Jugend und ihre Organisation. Berlin 1908, Verlag Arbeitende Jugend, Berlin C. 2, Stralauer Straße 13/14. 24 Seiten. 15 Pf., in Partien billiger.

Hans Weidenmüller. Vom sprachlichen Kunstgewerbe. Eine Arbeit über Sprache und Schrift in unserem öffentlichen und privaten Leben. Preis 30 Pf. Buchverlag der „Hilfe", G. m. b. H., Berlin-Schöneberg.

Briefkasten.

* **Wir machen die Zahlstellenverwaltungen darauf aufmerksam, daß Zeitungsbestellungen bis spätestens am Montagabend für die darauf folgende Zeitung in unseren Händen sein müssen. Später eingehende Bestellungen können für die laufende Woche nicht mehr berücksichtigt werden.**

Der Schluß der Inseratenannahme ist Montagnachmittag 4 Uhr.

Dresden, Modelltischler und andere. Die Zeitung ist kein Protokollbuch, in welchem jeder Gegenstand, der in der Versammlung berührt wurde, vermerkt wird. In der Zeitung soll nur über wichtigere Vorkommnisse berichtet werden, die allgemein interessieren, und zwar in einer Form, welche auch für solche Kollegen verständlich ist, die an der Versammlung nicht teilgenommen haben.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

(E. H. 86, Hamburg.)

Im Oktober sandten Ueberschüsse ein: Berlin A 400 Mk., Berlin C 400, Berlin B 300, Siegburg 300, Bergersdorf 300, Fürth 200, Aumühle 150, Kaiserslautern 150, Bürgel 125, Braunschweig 100, Liegnitz 100, München 100, Reinfeld 100, Harburg 100, Hannover 100 Freiburg 80, Bargteheide 50, Schönlanke 30 Mk. Summa 3085 Mk.

Abschluß des 2. Quartals.

Einnahme	28 737,02 Mk.
Ausgabe	26 475,83 „
Gewinn	2 261,19 Mk.

Jul. Maßmann, Hamburg 10.

Versammlungs-Anzeiger.

Nienburg. Die Mitgliederversammlungen finden jeden zweiten Sonnabend im Monat, abends 8½ Uhr, bei Gastwirt Henkel, Hinterestraße, statt.

Anzeigen.

Berlin. Die Arbeitsvermittlung für nachfolgende Branchen erfolgt im paritätischen Arbeitsnachweis, Gormann-Straße 13:

Drechsler, Maschinenarbeiter, Modelltischler, Stellmacher, Stockarbeiter: 8—10 Uhr vormittags

Tischler aller Branchen von 10—12 Uhr vormittags
Einsetzer von 1½—2½ Uhr nachmittags
Möbelpolierer: 8—10 Uhr vormittags und 2½—3½ Uhr nachmittags.

In dem Arbeitsnachweis der Zahlstelle, Engelufer 14, parterre, Saal 4, werden vormittags von 9—12 Uhr folgende Branchen vermittelt:

Bilderrahmenmacher,	Kistenmacher,
Bodenleger,	Korbmacher,
Bürstenmacher,	Kammacher,
Hutformentischler,	Perlmutterarbeiter,
Jalousiearbeiter,	Vergolder.
Klavierarbeiter,	

☞ Alle übrigen Arbeitsnachweise sind für Verbandsmitglieder gesperrt.

☞ Das Anfragen um Arbeit in den Werkstätten ist streng verboten.

Backnang. Unser Verkehrslokal befindet sich im Gasthaus zur Eisenbahn, Kronenstr. 33. Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt bei Karl Böllen, Aspacherstr. 37.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle befindet sich bei Kollege Etling, Liebfrauenstraße 37. Geöffnet morgens von 9—12 Uhr und nachmittags von 3—7 Uhr. Umschauen verboten.

Helmstedt. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle befindet sich im Lindenhof, Holzberg 27. Umschauen verboten. Anfragen von außerhalb sind an den Kollegen H. Kühne, Heinrichsplatz 1, zu richten.

Konitz, Westpr. Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt beim Kollegen Franz Scherff, Bergstr. 2 II. Die Adresse des Bevollmächtigten ist Fritz Matzies, Bahnhofstr. 50.

Pasing bei München. Der Arbeitsnachweis für alle in der Goldleistenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen befindet sich in Pasing bei Herrn Franz Büswanger, Gasthaus Zum Münchnerhof, Münchnerstraße 28, wohin alle Anfragen unbedingt zu richten sind.

Penzberg. Unser Verkehrslokal befindet sich im Stalltacher Hof. Arbeitsnachweis und Reiseunterstützung bei Jos. Laidl, Sigmundstr. 11 II, abends von 6—8 Uhr.

Schwerin i. Meckl. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Schweriner Gesellschaftshaus, Gr. Moor 51, geöffnet 6½—7½ Uhr abends. Umschauen streng verboten.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Eitner, Schwalbacherstraße 7 I. Stb. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird im Gewerkschaftshaus, Wellritzstraße 41, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7—8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12—1 Uhr.

Zeulenroda. Arbeitsnachweis und Reiseunterstützung bei H. Hufter, Untere Speichergasse 8. Verkehrslokal im Gewerkschaftshaus.

Heinrich Böhmer und **Wilhelm Kiese,** beide Tischler, werden aufgefordert, ihren Verpflichtungen der Zahlstelle Siegen gegenüber nachzukommen. Angaben über deren Aufenthalt werden erbeten an **St. Wranz, Weidenau a. d. Sieg,** Wilhelmstr. 5.

Johnsen Palmer, Tischler, geb. zu Sklen in Norwegen, sende deine Adresse an **H. Jäckel, Neuß a. Rh.,** Büttgerstr. 4.

Wilhelm Schmidt, Schreiner, Buchn. 340691, wird gebeten, seine Adresse an **Franz Dzatkowski, Köln,** Eigelstein 76 I, zu senden. Die Kollegen werden gebeten, ihn darauf aufmerksam zu machen.

Ludwig Weidenhiller, Tischler, aus Ingolstadt, geb. 21.5.1882, Buchn. 102906, wird ersucht, seine Adresse an seine Frau zu senden.

Hermann Wendt, Kistenmacher, geb. 3.11.1865 zu Halle a. S., wird dringend ersucht, seiner Frau Nachricht zu geben. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden gebeten, diesen mitzuteilen an den Bevollmächtigten **Gustav Lehnhardt, Ob.-Langenbielau,** Schlesien, II. Bez. 47.

Stanislaus Wyrussynski, Stellmacher, wird um Angabe seiner Adresse ersucht, um Mitgliedsbuch und Geldbetrag zustellen zu können.

Gauvorstand Hannover.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Mitterteich.

Sonntag, 8. November, nachm. 3 Uhr, findet im Gasthof Wurm in **Tirschenreuth** eine

Allgemeine Versammlung

statt. Die Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben. Referent: Gewerkschaftssekretär M. Weiß-Marktredwitz. Die Kollegen werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Die Lokalverwaltung.

Zahlstelle Hanau a. M. sucht sofort einen tüchtigen **Freihandbohrer** (bei guten Akkordpreisen). Verheiratete bevorzugt. Zu melden bei **Simon Sommer, Hanau,** Fasanerieweg 8.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Schönlanke.

Sonnabend, den 14. November 1908:

8. Stiftungsfest

bei Herrn Gräfe (Schützenhaus). Anfang abends 8 Uhr. Bestehend aus musikalischen Vorträgen, Theater und Tanz.

Eintritt für Herren 1,— Mk., Damen 30 Pf.

Wir laden hierzu alle Kollegen nebst ihren Angehörigen freundlichst ein.

Die Lokalverwaltung.

Solide, ledige **Tischler** sucht für dauernde Arbeit
Möbel-Fabrik Crivitz, Mecklenburg.

Tüchtiger **Säger,** in allen einschlägigen Arbeiten erfahren, **sucht** Stelle als Obersäger, Feiler zugleich. An allen Holzbearbeitungsmaschinen bewandert. Derselbe übernimmt jede Reparatur selbst, da schon in Maschinenfabrik tätig. Angebote vermittelt **Xaver Weber, Ingolstadt,** Neugasse 7.

Ein **Hölzerschneider,** ein **Nagler** finden dauernde Beschäftigung.
R. Felsing, Prenzlau.

Tüchtige Korbmacher

finden **dauernde** Beschäftigung auf Rohr- und Weidenkörbe in der
Voigtländischen Korbfabrik, Reichenbach i. V.

Gesucht ein tüchtiger **Korbmacher** auf geschlagene Arbeit bei dauernder Beschäftigung.
W. Ahrens, Schleswig.

5 Korbmachergesellen auf grüne Mattarbeit sofort **Helene Paal, Altdamm.**

Zwei bis drei tüchtige **Gestellarbeiter** auf bessere Möbel im Akkordlohn sofort nach Frankfurt a. M. gesucht.
Merkle & Neflin,
Frankfurt a. M., Niedenau 15.

Bandsägenschneider

perfekt im Schneiden von Bürstenhölzern, sucht **F. C. Nuppenau,** Bürsten- und Bürstenhölzerfabrik, **Bargteheide i. Holstein.**

Ein ordentlicher **Bürstenmacher** findet dauernde Arbeit bei **C. H. Peetz, Kinsballig** per Steinfeld, Schleswig.

Gesucht wird ein Bürstenmachergeselle gesetzten Alters, sehr solide, auf dauernde Arbeit. Hauptsache von Grund auf zuzeichten.
A. Ekelkolmann sen., Bürstenfabrik,
Schwartau bei Lübeck, Auguststr. 40.

Achtung! Tischlergehilfen!!

Lassen Sie sich meine Preisliste über vorteilhafte, zeitersparende Werkzeuge kommen.

Gutes Werkzeug halbe Arbeit.

Ich versende solche an jedermann

gratis und franko

Bei Anfragen wolle man auf dieses Blatt bezugnehmen.

Heinr. Busch, Hagen i. W.

Das angekündigte

Bildnis von Karl Kloß

wird nunmehr in kurzer Zeit erscheinen. Es ist auf bestem Kunstdruckkarton in Größe von 64×48 cm hergestellt, als Wandschmuck für die Vereinslokale unserer Zahlstellen.

Preis 2 Mk. pro Exemplar.

Für den Privatgebrauch der Mitglieder erscheint eine kleine Ausgabe des gleichen Bildes in Größe einer Kabinettphotographie, auch auf dem gleichen Kunstdruckpapier, zum Preise von 25 Pf. pro Exemplar.

Bestellungen sind durch die Zahlstellenverwaltungen an uns einzusenden.

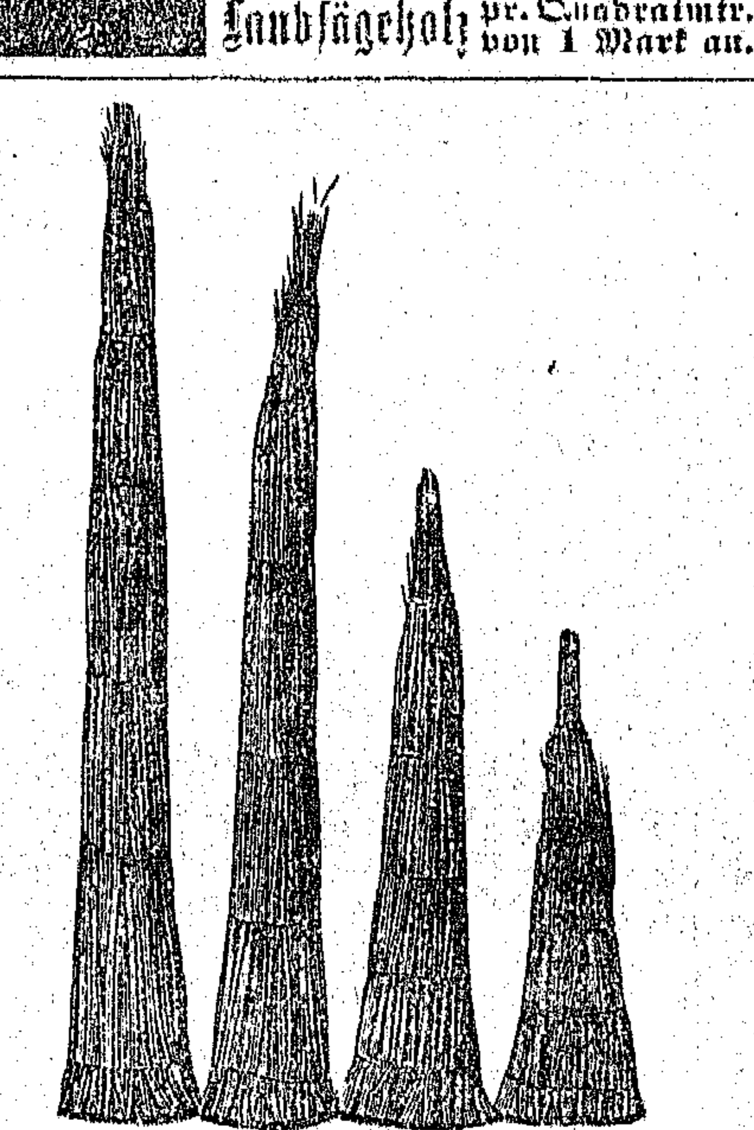
Der Verbandsvorstand
Berlin O. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Der praktische Modelltischler.

Hilfsbuch zur Anfertigung von Modellen und Schablonen für Eisen- und Stahlguß.
Enthält Anleitung zum Modellieren von Rohren, Zahnrädern, Dampfzylindern, Schablonieren von Kammwalzen, Seil- und Schwungrädern, Konstruieren von Zahnrädern, sowie Tabellen über Lohn- und Akkordwesen. Gewichtsverhältnis von Modell und Abguß usw.
Zu beziehen durch **Jos. Schichtel, Kalk b. Köln, Thurmstr. 80.** 1 Stück 1,60 (auch in Briefmarken) oder per Nachnahme 1,80 Mk., 2 Stück 3,40 Mk.

Größte deutsche
Tischler-Fachschule Detmold
Bew. Ausbildung. Progr. frei. Zum Selbstunterricht empfehle: Die Stillehre f. Tischler, mit üb. 100 Abbild. aller Stilarten. mk. 4. Direktor Reinekiing, Detmold.

Zur Laubsägerei
Kerbschnitzerei :: Holzbrandmalerei
liefert am billigsten sämtl. Werkzeuge, Vorlagen, Holz usw **J. Brendel, Mutterstadt 95, Pfalz.**
Reichhalt. Katalog gratis u. franko.
Laubsägeholz pr. Quadratmtr. von 1 Mark an.



Weisse Korbweiden, die berühmte Salix Americana, empfiehlt und versendet per Nachnahme in Zentnern und Waggons
Julius Trethar in Grimma 991
Hauptdepot amerikanischer weisser Weiden.

Almanach für das Jahr 1909
Taschenkalender für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes

Der neue Almanach wird in kurzer Zeit erscheinen. Die Mitglieder tun deshalb gut, wenn sie ihre Bestellung bei der Lokalverwaltung nicht länger hinausschieben. Der Preis ist wie seither 50 Pfennig pro Exemplar.

Der Verbandsvorstand.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule
Nürnberg Kirchenweg 14. Erstklassige Lehranstalt. Dir. Carl Maibaum.

Der fachwissenschaftliche Unterricht von **technischen Fachschulen** ist bis ins kleinste nachgeahmt in den Selbstunterrichtswerken **D. Bauschreinerschule, D. Kunst- und Möbelschreinerschule, Zimmermeisterschule, Polierschule, Holzbildhauerschule, System Karnack-Hachfeld.** Glänzende Erfolge. Prospekte und Anerkennungsschreiben gratis und franko. Ansichtssendungen bereitwilligst.
Bonness & Hachfeld, Potsdam-R. 1.

Slomkes Städtebuch
Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- u. Wegekarte, 856 Seiten, geb. Mk. 1,20. In all. Buchhdl. zu haben od. geg. Eins. von Mk. 1,40 bei **G. Slomke, Bielefeld.**

Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund
gibt jungen intelligenten Arbeitern Gelegenheit, kostenfrei unsere ideale Kurzschrift zu erlernen. Interessenten richten unter Beifügung üblichen Portos ihre Adresse an **Louis Fach,** Frankfurt a. M., Graubengasse 35.
Bitte ausschneiden, aufheben oder weitergeben.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik **Hamburg 23**

Nach meinem durch **zwei deutsche Reichspatente** gesch. neuen Polierverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritlöslichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

:: :: **eine sofortige Porenfüllung** :: ::

man **erspart Material, Zeit, Arbeit,**

erzielt :::: edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes,

vermeidet Oelausschwitzen, Rissigwerden der Polliturdecke, weisse Flecke, sowie Einschlagen der Politur.

Beim Polieren wird **kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz,** sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.

Es ist **patentrechtlich strafbar,** ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritlösliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.

Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend:

1 Flasche	Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren
1 „	Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren
1 „	Patent-Politur zum Reinpolieren
1 „	allerfeinsten Politur-Glanzlack, blond, zum Ausziehen von Kehlleisten usw.
1 „	allerfeinsten Kristall-Glanzlack, blond (Stuhllack, Drechsler-, Bildhauerlack)
1 „	Schleif- und Polieröl, gelblich
1 Dose	Porenfüllpulver, feinste Marke „Hornol"
1 „	Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono"
1 „	Bimstein-Polierpulver, hellnussbraun
1 Tube	Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitten schadhafter Holzstellen
1 Stück	Korkschleifklotz, 120×75×30 mm

zum Ausnahmepreis von **8 Mark** franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.

Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat.

Bei Bestellungen genügt die Angabe: **1 Postkollo** zum Versuchspolieren à **8 Mark.**

Mein Lehrbuch über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, **eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel.** Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Leneček-Brünn, Prof. Ch. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andés-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann, München. **Preis Mk. 1.50.** Bei Auftragerteilung wird der Betrag zurückvergütet.

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für **alle Männer der Werkstatt,** behandelt die **Konstruktionen, Werkzeuge,** das **Material** und **alle Arbeitsgebiete** der Holzindustrie in **volkstümlicher Form.** Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mark.

Verlag von Theodor Leipart in Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68.